

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

45 (15.2.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen  
Ständeversammlung Nr. 41. Zweite Kammer. 35. öffentliche Sitzung

# Amtliche Berichte

über die

## Verhandlungen der Badischen Ständeverammlung.

Nr. 41.

Karlsruhe, den 15. Februar

1910.

### == Zweite Kammer. ==

#### 35. öffentliche Sitzung

am Montag den 14. Februar 1910.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die Petition des Kunstgewerbevereins Pforzheim um Übernahme des von der Stadtgemeinde Pforzheim angeforderten Betrages für Erweiterung des Kunstgewerbebeschulgebäudes daselbst auf Großh. Staatskasse, Berichterstatter: Abg. Neuhaus;

2. Bericht der Budgetkommission u. Beginn der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus u. Unterrichts für 1910 und 1911, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III §§ 2-4 (Unterricht, II. Volksschulen) — Druckfache Nr. 11c III —, Berichterstatter: Abg. Kols.

Am Regierungstisch: Zunächst Minister des Innern Winkl. Geheimerat Frhr. von und zu Bodmann, Ministerialrat Dr. Schneider; später Direktor des Oberschulrats Geheimerat Dr. von Sallwürf, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm, Geh. Oberregierungsrat Schmidt.

Präsident Rohrhurst eröffnet kurz nach 3¼ Uhr die Sitzung.

Zunächst wird der Eingang folgender Petitionen angezeigt:

1. des Vereins staatlich geprüfter badischer Werkmeister in Karlsruhe, die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der nichtetatmäßigen Hochbauwerkmeister im Dienste der Großh. Staatsverwaltung betreffend;

2. von Beamten des Verkehrsbureaus der Staatseisenbahnverwaltung, die Neuregelung der Kosten der Dienstreisen betreffend;

3. des geschäftsführenden Ausschusses des Bundes gegen Wiederaufbau des Heidelberger Schlosses um Verjagung der Mittel für das vorliegende Regierungsprojekt;

4. Bitte der Gemeinden Kleinfleinbach, Stupferich, Unter- und Obermützelbach um Errichtung einer Schirmhalle in Kleinfleinbach.

Es werden überwiesen: Ziffer 1 und 2 der Petitionskommission, Ziffer 3 der Budgetkommission, Ziffer 4 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen.

Weiter wird ein Schreiben des Abg. Schmidt-Karlsruhe zur Kenntnis gebracht, wonach infolge seiner Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat sein Mandat erloschen ist.

Zu Ziffer 1 der Tagesordnung erhält zu nächst das Wort

Berichterstatter Abg. Neuhaus (Zentr.): Ich habe die Ehre, im Auftrage der Budgetkommission zu berichten über die Bitte des Kunstgewerbevereins Pforzheim um Übernahme des für den zur Unterbringung seiner Sammlungen geplanten Anbau an die Großh. Kunstgewerbeschule von der Gemeinde Pforzheim angeforderten Betrages von 73 000 M. oder eines Teiles dieser Summe auf die Staatskasse. Der wesentliche Inhalt der Petition geht dahin: Die Kunstgewerbeschule und der Kunstgewerbeverein Pforzheim wurden beide im Jahre 1876 gegründet. Beide haben zu dem Emporblühen der Gold- und Silberwarenindustrie Pforzheims wesentlich beigetragen. Der Kunstgewerbeverein hat 700 selbständige Personen und 1000 Arbeiter zu Mitgliedern, er ist im Besitze einer reich ausgestatteten Fachbibliothek, einer eigenen kunstgewerblichen Fachzeitschrift und einer kostbaren, ganz eigenartigen Sammlung von Vorbildern in goldenem und silbernem Schmuck und Geräten. Die jetzigen Räume sind zu klein geworden. Die Wechselwirkung zwischen Verein und Schule aber hängt davon ab, daß für den Verein und seine Sammlungen ein An-

bau erstellt wird. Auch in Kreisen der Industriellen ist man der Überzeugung, die Kunstgewerbeschule habe an der Mitarbeit des Vereins ein praktisches Interesse, das Orientiertsein der Schulleitung über jede Neuheit in den Erzeugnissen der Branche auf dem großen internationalen Markte.

Die Budgetkommission ist in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß der Staat eventuell die Kosten für den Anbau des Kunstgewerbevereines an die neue Kunstgewerbeschule tragen möge. Die Stadt Pforzheim hat zum Bau der Kunstgewerbeschule im ganzen 250 000 M. Zuschuß geleistet und hat den Bauplatz hergegeben, der sich auf 115 000 Mark stellt. Die Kunstgewerbeschule Pforzheim erforderte nach dem Voranschlag im ganzen den Betrag von 800 000 Mark. Nach der Abrechnung, die im diesmaligen Staatsvoranschlag enthalten ist, wird sie tatsächlich auf 818 000 Mark kommen.

Der Antrag Ihrer Budgetkommission lautet: Hohe Zweite Kammer wolle die Petition des Kunstgewerbevereines Pforzheim der Großh. Regierung in dem Sinne empfehlend überweisen, daß die Großh. Regierung ersucht wird, erneut mit dem Stadtrat Pforzheim dahingehend in Unterhandlung zu treten, daß die Kosten des Anbaues der Räumlichkeiten für den Kunstgewerbeverein an die neue Kunstgewerbeschule in Pforzheim eventuell bis zur Hälfte auf die Staatskasse übernommen werden (Beifall).

#### In der Beratung erhalten das Wort

Abg. **D e n w a l d** (freif.): Der Kunstgewerbeverein Pforzheim, dessen Petition heute hier zur Beratung steht, wurde vor 34 Jahren gleichzeitig mit der Großh. Kunstgewerbeschule gegründet. Wie Ihnen der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, zählt der Verein heute ungefähr 1700 Mitglieder, von denen etwa 700 dem Fabrikantenstande und 1000 dem Arbeiterstande angehören. Die Beiträge für die Vereinszwecke sind für die Fabrikanten doppelt so hoch wie für die Arbeiter. Die Bestrebungen des Vereins seit seiner Gründung waren stets dahin gerichtet, der Industrie Dienste zu leisten und damit auch der Stadtgemeinde und dem Staate. Der Verein hat im Laufe dieser Zeit die Beiträge und die Zinsen aus einer hochherzigen Stiftung ausschließlich dazu verwendet, um seine reichhaltige Bibliothek zu erweitern, seine Sammlungen zu vergrößern und Muster anzukaufen, die als Vorbilder für die Schule und den Verein dienen.

Die Großh. Regierung hat nun schon wiederholt ausgesprochen — auch bei der letzten Budgetberatung —, daß die Angliederung des Kunstgewerbevereines mit seiner Sammlung an die Kunstgewerbeschule sehr erwünscht sei. Ich, von meinem Standpunkte als Industrieller aus, kann nur betonen, daß die Angliederung dieser Anstalt mit ihrer Sammlung geradezu eine Notwendigkeit ist, weil wir in der Angliederung das Bindeglied betrachten, das zwischen Schule u. Industrie unter allen Umständen erforderlich ist. Man kann kaum begreifen, daß man diese beiden Institute, die 34 Jahre lang in einem Gebäude segensreich miteinander gewirkt haben, nun, nachdem die Großh. Regierung endlich dazu übergegangen ist, einen Neubau für die Kunstgewerbeschule zu erstellen, örtlich trennen will. Als im Jahre 1902 infolge des fortgesetzt sich hebenden Besuchs die alte Kunstgewerbeschule sich als zu klein erwies, hat die Großh. Regierung sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, an den Neubau einer größeren Schule heranzutreten. Die Stadtgemeinde kam der Großh. Regierung insofern entgegen, als sie den Bauplatz im Werte von 115 000 M. unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat.

Die Großh. Regierung hat sich auch mit der Wahl dieses Platzes einverstanden erklärt. Der Platz ist sehr schön gelegen und er ist geräumig genug, um hier ein größeres Gebäude aufzurichten. Damals war auch der Wunsch vorhanden, daß auch der Kunstgewerbeverein mit seiner Sammlung der Schule angegliedert werden sollte. Die Großh. Regierung hat damals nur deshalb davon Abstand genommen, weil ihr der Kostenbetrag als zu hoch erschien. Es war das neue Gebäude im Voranschlag auf 2 100 000 M. berechnet.

Wenn nun aber nach verschiedenen Richtungen hin Abstriche, unter andern auch dieser Abstrich für die Räume des Kunstgewerbevereines, gemacht worden sind, so daß der jetzige Bau auf etwa 818 000 M. zu stehen kommt, und wenn nun die Großh. Regierung darauf abheben will, seit dem Jahre 1902 sei dieser Wunsch nicht mehr an sie herangetreten, so ist zu sagen, daß das seinen Grund mit darin hat, daß die Abgabe der Regierung damals eine ziemlich scharfe war und man die Regierung nicht mehr belästigen wollte. In der Industrie hat aber dieser Wunsch fortbestanden. Zum zweiten mag das auch darin begründet gewesen sein, daß die Schule als solche und ihre Lehrer kein so großes Interesse daran hatten, daß diese Angliederung vollzogen werde, denn die Lehrer als solche wollten in dieser Richtung ihre Bewegungsfreiheit haben. Dies hat sich nun seit dem Sommer vorigen Jahres gründlich geändert, nachdem auf Veranlassung des Stadtrates und des Kunstgewerbevereinbeirates im vorigen Sommer eine Kommission ernannt worden war, der auch ein Vertreter der Großh. Regierung und weiterhin Herr Kunstgewerbevereinbeirat Waag angehörte, der gleichzeitig auch seit einer Reihe von Jahren Direktor des Kunstgewerbevereines ist; in der Kommission befinden sich außerdem Mitglieder des Kunstgewerbevereinbeirates. Diese Kommission hat die Schulen in Dresden und Schwäbisch-Gmünd eingehend besichtigt und nach ihrer Rückkehr einen Bericht erstattet, der dahin ging, daß es (wie ich schon betont habe) geradezu eine Notwendigkeit sei, diese Angliederung des Kunstgewerbevereines mit seinen Sammlungen an die Kunstgewerbeschule zu betreiben.

Man trat darauf im Sommer vorigen Jahres neuerdings an die Großh. Regierung heran. Dieselbe hat auch dem ihr vorgebrachten Wunsch stattgegeben und hat einen Erweiterungsplan anfertigen lassen, der, wie wir vorher gehört haben, auf etwa 73 000 M. zu stehen kommen wird. Wie verhielt es sich aber nun mit der Aufbringung der erforderlichen Mittel? Die Regierung sagt, sie könne die Mittel nicht bewilligen, die müsse der Verein oder die Stadt Pforzheim tragen. Dabei muß ich darauf aufmerksam machen, daß wir, nachdem seiner Zeit seitens der Stadt der Platz unentgeltlich gestellt war, in Pforzheim glaubten, damit wären wir am Ende der Leistungen angelangt, die die Großh. Regierung von uns verlangt; wir glaubten, daß jetzt alsbald mit dem Bau werde begonnen werden können. Dem war aber nicht so. Erst nach mehreren Jahren erhielten wir auf wiederholte Anfrage den Bescheid, daß die Regierung zum Bau selbst von der Stadt Pforzheim noch einen größeren Barzuschuß verlange. Man war darüber sehr erstaunt, aber man hat, da man sich ebenso sehr bewußt war, daß der Bau energisch in die Hand genommen werden müsse, die verlangte Summe, die damals auf 100 000 M. angenommen war, im Bürgerausschuß genehmigt. Nach einiger Zeit erklärte dann die Gr. Regierung, dieser Betrag sei nicht namhaft genug, und verlangte nochmals 150 000 M. Allgemein gab es ein großes Kopf-

schütteln über dieses abermalige Verlangen, und ich kann Ihnen versichern, es sind in jener Bürgerausschussitzung, in der die Bewilligung dieser weiteren 150 000 M. auf der Tagesordnung stand, harte Worte gefallen. Nur unter Protest wurden diese 150 000 M. bewilligt, aber auch mit der deutlich ausgesprochenen Erwartung, damit jeder weiteren Beitragspflicht zu dieser Kunstgewerbeschule ledig zu sein.

Bei der Beurteilung der heute vorliegenden Petition tritt der Gegensatz der Ansichten besonders in die Erscheinung. Nachdem die Gr. Regierung ebenso wie die Stadtgemeinde, der Kunstgewerbebeirat und der Direktor der Kunstgewerbeschule den Wunsch nach Angliederung des Vereins an die Schule unterstützt haben, müßte man doch eigentlich annehmen, daß damit alle Korporationen einmütig dafür seien, daß hier eine örtliche Trennung unterbleibe. Die Gröhh. Regierung weist besonders darauf hin, daß mit dem Bezug des neuen Gebäudes die Stadtgemeinde das ganze alte Gebäude, das einen hohen Wert repräsentiere, frei bekomme. Auf den ersten Blick scheint dies auch richtig zu sein. Allein die Gröhh. Regierung muß doch auch wissen, daß wir in Pforzheim vor mehreren Jahren eine Goldschmiedeschule gegründet haben; diese hatte ursprünglich fakultativen Unterricht, ist aber seit zwei Jahren mit obligatorischem Unterricht eingerichtet. Sie zählt heute 900 Schüler, und wenn wir genügend Räume schaffen können, wird die Schülerzahl auf 1500 steigen. Das ist eine Schülerzahl, für die man ausgiebige Räume schaffen muß, und hierfür muß man auf das freierwerbende Gebäude greifen.

Wenn ich Ihnen einige wenige Zahlen über das gebe, was Pforzheim innerhalb 3 Jahren für seine Schulen aufzubringen hatte, werden Sie am deutlichsten erkennen, was geleistet worden ist. In den letzten 3 Jahren wurden für die Volksschule 1 300 000 M., für eine Mädchenbürgerschule 800 000 M., für eine jetzt im Bau begriffene Oberrealschule 1 000 000 M., für die Vergrößerung der Gewerbeschule 400 000 M. und für die Kunstgewerbeschule, die hier in Frage steht, ohne Platz ufm. 300 000 M. aufgebracht. Außerdem wurde schon vor zwei Jahren ein Projekt für eine neue Goldschmiedeschule ausgearbeitet, das auf 1 000 000 M. veranschlagt ist. Dies Projekt wurde aber zurückgestellt, einmal weil die Mittel nicht vorhanden waren und weil sich die Stadt selbst gelang hat, das könne und dürfe nicht so weiter gehen. Angesichts solcher Zahlen, die eine deutliche Sprache sprechen, und die wohl von dem dreimal größeren Mannheim kaum überschritten werden, wird man der Stadtgemeinde Pforzheim zubilligen müssen, daß sie in bezug auf das Schulwesen das Menschenmögliche geleistet hat. Wir haben auf dem Weltmarkt einen schweren Konkurrenzkampf zu bestehen, namentlich mit Ländern wie Italien, das in seiner Bijouteriefabrikation in der letzten Zeit mächtig in die Höhe gestrebt ist. Dort betragen aber die Löhne nur halb soviel als bei uns, und von einer sozialen Gesetzgebung weiß man dort überhaupt nichts; mit anderen Worten, die Fabrikation ist dort wesentlich billiger als bei uns. Ich glaube, die Gröhh. Regierung hat allen Grund, uns soweit als möglich entgegenzukommen, schon deshalb, damit sie sich auch fernerhin die bedeutenden Steuerquellen in Pforzheim erhalten kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch an einen Auspruch des Herrn Finanzministers erinnern, der folgendermaßen lautete: „Wir geben in unserem badiischen Staat für die Technische Hochschule und für Universitäten eine Summe aus, die sehr groß ist, und für

unser Fachschulen wird im Verhältnis wenig getan. Wenn Sie diese Worte berücksichtigen, wird es Ihnen nicht schwer fallen, dem heutigen Antrage Ihre Zustimmung zu geben, umso mehr, als die Stadtgemeinde den Betrag, der verlangt wird, nochmals auf die Hälfte reduziert hat. Sollte aber wider Erwarten der heutige Antrag abgelehnt werden, so würde ich dies tief bedauern müssen, und die Gröhh. Regierung hätte in diesem Fall in den nächsten Jahren für Anforderungen der Kunstgewerbeschule höhere Beträge aufzubringen, denn die Kunstgewerbeschule als solche hat eine Sammlung, wie sie der Kunstgewerbeverein besitzt, nicht, und sie wird bestrebt sein und bestrebt sein müssen, ihre Sammlung nach und nach zu ergänzen. Der Auspruch des Herrn Kunstgewerbebeirates Baag ging klipp und klar dahin, daß die Schüler der Kunstgewerbeschule von der Bibliothek und von der Musterammlung, die der Kunstgewerbeverein einbringen will, den allergrößten Vorteil haben, und man würde es in der Bürgerschaft durchaus nicht verstehen, bekäme man hier ein „Nein“. Ich möchte die Gröhh. Regierung dringend bitten, den ablehnenden Standpunkt, den sie bisher eingenommen hat, aufzugeben und uns Pforzheimern endlich einmal etwas zu geben, um was wir bitten und was uns von rechtswegen zukommen sollte.

Abg. Stöckinger (Soz.): Es ist nicht die Schuld der Stadtgemeinde Pforzheim, daß wir uns heute noch einmal im Plenum mit den Verhältnissen unserer Kunstgewerbeschule in Pforzheim beschäftigen müssen. Als vor einigen Jahren im Bürgerausschuß mehrere heftige Kämpfe gegen die Regierung geführt worden sind wegen verschiedener Anforderungen, die hinsichtlich des Neubaus der Kunstgewerbeschule gestellt wurden, da hätte ich es mir als Stadtverordneter nicht träumen lassen, daß ich später auch einmal als Abgeordneter hier wieder in diesen Kampf eingreifen muß und für die Interessen der Stadt Pforzheim hier einzutreten habe.

Die Anforderung für den Anbau an der Kunstgewerbeschule ist so eilig geworden, weil der Neubau der Kunstgewerbeschule selbst bereits soweit aus dem Erdboden herausgekommen ist, daß jedes Weiterarbeiten ohne Gewißheit, ob der Anbau zustande kommen wird, unmöglich ist, und die bauausführenden Unternehmer bereits drängen und mit Schadenersatzklagen drohen, wenn sie noch länger am Bauen verhindert sind. Deswegen stellte die Regierung an die Stadtgemeinde Pforzheim das Ansuchen, spätestens bis zum 22. Februar d. J. eine definitive Entscheidung zu treffen und eventuell dem Bürgerausschuß noch vorher Gelegenheit zu geben, sich noch einmal zu dieser Sache zu äußern.

Es fällt einem nachkommenden Redner verhältnismäßig schwer, zu ein und derselben Materie noch einmal zu sprechen. Neue Gesichtspunkte, neue Tatsachen können verhältnismäßig wenige mehr vorgebracht werden. Es ist zweifellos ein ganz großer Vorteil, wenn die Schule die Sammlungen, die Bibliothek und das Lesezimmer des Vereins mitbenutzen kann. Es ist nicht richtig, wenn in den vorhergegangenen Verhandlungen in der Kommission die Regierung wiederholt darauf hingewiesen hat: Zhr lieben Pforzheimer, es scheint Euch mit der räumlichen Verbindung von Kunstgewerbeverein und Kunstgewerbeschule doch nicht so wichtig zu sein, Ihr habt ja jahrelang darauf verzichtet. Ja, man hat eben einfach deswegen darauf verzichtet, weil uns die Kunstgewerbeschule als solche doch immer noch lieber war und weil bekanntlich dem Menschen das Hemd immer noch näher ist als der

**Not.** Am 7. Juli 1902 wurde nämlich ein Projekt von etwa 1 200 000 M. von der Regierung vorgelegt, worin diese Räume, um die es sich heute handelt, vorgesehen waren. Das Projekt hat man aber als viel zu teuer befunden, weshalb diese Räume in dem Hauptprogramm weggestrichen wurden und der ganze Voranschlag wesentliche Reduzierungen erfuhr. Er ist etwa so weit reduziert worden, bis eine Summe von  $\frac{3}{4}$  Millionen Mark herausgekommen ist. Eine andere Darstellung, die in der Kommission gegeben worden ist und die vielleicht auch nachher von der Grob. Regierung wieder gegeben werden dürfte, ist nach den Kenntnissen, die wir in Pforzheim haben, nicht richtig, nämlich die Darstellung, als ob von allem Anfang an neben der Stellung eines Bauplatzes durch die Stadtgemeinde auch noch ein volles Drittel der Bau Summe von der Gemeinde hätte angefordert werden sollen. Ich weiß aus ganz genauer Kenntnis all dieser Dinge heraus, daß man zuerst nur einen Bauplatz verlangte. Darüber gab es in Pforzheim gar keinen Streit, das weiß man ja, daß die Regierung, mag sie nun bald bauen, was sie will, überall das ganze Land hindurch es so macht, daß wenigstens die Baupläze gestellt werden müssen. Also darüber beschwerten sich die Pforzheimer nicht besonders. Nach längerer Zeit erst hieß es dann, die Gemeinde müßte auch einen namhaften Beitrag leisten. Ich kann mich noch ganz genau an die Vorlage des Stadtrats erinnern, an den Inhalt der Akten und an die Begründung durch den Herrn Oberbürgermeister. Kein Mensch wußte da etwas von 250 000 M. Man hat gesagt, 100 000 M. ist eine ganz anständige Summe Geldes, damit wird die Regierung hoffentlich zufrieden sein. Nach einiger Zeit hieß es wieder: Ihr müßt noch 150 000 M. zulegen; wenn Ihr das nicht wollt, dann könnt Ihr Euren Bauplatz einfallen (Geierkeit) oder könnt damit machen, was Ihr wollt; die 100 000 M. genügen nicht, wir brauchen einen Bauplatz und 250 000 M., ohne das wird die Kunstgewerbeschule einfach nicht angefangen. Wir haben ja schon wiederholt Gelegenheit gehabt, sowohl in einer Audienz bei dem Herrn Minister wie auch in der Budgetkommission darauf hinzuweisen — es ist vorhin von dem Herrn Kollegen Odenwald wieder zum Ausdruck gebracht worden —, daß diese zweite Forderung von 150 000 M. in Pforzheim außerordentlich viel Staub aufgewirbelt hat. Wochenlang ist eine lebhafteste Unzufriedenheit namentlich durch die Kreise der Industrie hindurchgegangen, und es hat sich einmal im Pforzheimer Bürgerausschuß etwas ereignet, was nicht so häufig vorkommt: Gerade die liberalen Vertreter waren es, die scharfe Opposition gegen diese Forderung machten und die auch ziemlich geschlossen gegen sie gestimmt haben, nicht deswegen, weil sie die Notwendigkeit eines Neubaus für die Kunstgewerbeschule nicht einsehen — denn es liegt ja vor allem im eigensten Interesse der Industriellen, eine derartige Kunstgewerbeschule zu haben —, aber sie wollten damit gegen das zähe, immer und immer wieder ablehnende Verhalten der Grob. Regierung Protest einlegen. Im Jahre 1877 hat der Staat 14 880 M. Zuschüsse für die Kunstgewerbeschule geleistet, die ursprünglich als eine reine Gemeindeanstalt ins Leben gerufen worden ist. Die Zuschüsse haben dann folgende Steigerungen erfahren: Im Jahre 1890 betragen sie 19 270 M., im Jahre 1892 34 710 M., 1900 50 489 M. und im Jahre 1909 betrug der Zuschuß des Staates 92 400 M., nachdem schon einige Jahre zuvor die Kosten für Heizung, Beleuchtung usw. gänzlich auf die Staatskasse übernommen worden waren.

Als dann vor etwa  $1\frac{1}{2}$  oder 2 Jahren die Schulen in Dresden und namentlich in Schwäbisch-Gmünd besichtigt

worden waren, die den gleichen Zwecken wie die Kunstgewerbeschule in Pforzheim dienen, ist der ursprüngliche Plan, der in dem Projekt vom 7. Juli 1902 enthalten war, mit großer Lebhaftigkeit von den interessierten Kreisen in Pforzheim wieder aufgenommen worden. In Gmünd sind die Schule, die Schulsammlung, das Kunstgewerbeschulmuseum und die Ehrhardt'schen Sammlungen räumlich auf das Beste mit einander verbunden. Wenn in Pforzheim der Anbau unterbleiben würde, dann geht zweifellos jede Fühlung mit der Industrie verloren. Die Zusammengehörigkeit von Kunstgewerbeverein und Schule ist eine ganz unerlässliche Voraussetzung für das Gedeihen der Pforzheimer Industrie. Wenn der Staat nicht die Mittel für diesen Anbau aufwenden will, in den die Sammlungen des Kunstgewerbevereins zum Teil hineinkommen sollen, so müßte er, wenn er die Interessen der Pforzheimer Industrie nicht in kurzer Zeit schwer vernachlässigen wollte, sich dazu entschließen, eine ähnliche Sammlung aus seinen eigenen Mitteln anzuschaffen, und dafür würde er zweifellos mehr Geld ausgeben müssen, als jetzt die Zinsen und die Aufwendungen betragen, die für den gewünschten Anbau an das Kunstgewerbeschulgebäude zu machen sind.

Es ist dann in der Budgetkommission vor einigen Tagen eine andere Frage gestreift worden, die darauf abzielte, ob es nicht möglich sei, daß die reichen Industriemagnaten von Pforzheim Stiftungen zur Verfügung stellen können. Ja, vom 14. Februar bis zum 22. Februar, also in der Zeit von acht Tagen, werden gewöhnlich die Herzen nicht so mildtätig und öffnen sich die Portemonnaies nicht so weit, daß man einfach große Summen herausstüttelt und sagt: Badische Kammer und Grob. Regierung, Ihr braucht Euch den Kopf nicht mehr zu zerbrechen, hier ist das Geld, die Geschichte wird gemacht. Es mag ja sein, daß später zu den Zwecken des Kunstgewerbevereins und der Schule größere Stiftungsmittel zur Verfügung gestellt werden; aber in den nächsten 8 Tagen ist das vollständig ausgeschlossen! Und dann muß auch darauf hingewiesen werden, daß diejenigen, die das viele Geld haben und am ehesten imstande wären, Stiftungen aufzubringen, nicht das unmittelbarste und lebhafteste Interesse an der Kunstgewerbeschule und dem gewünschten Anbau haben. Das soll nicht heißen, daß sie auf die Kunstgewerbeschule überhaupt nicht reflektieren; aber die Großindustrie ist mit ihrer Massenfabrikation, durch die Arbeitsteilung und durch ihre Verbindung, die sie mit aller Herren Ländern unterhält, in ganz anderer Weise konkurrenzfähig wie die mittlere und eine ganz Anzahl kleiner Betriebe, sie ist auch kraft ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit viel mehr imstande, die Mode kennen zu lernen und sich ihr rasch anzupassen. So ist sie nicht so unmittelbar auf die Kunstgewerbeschule angewiesen wie gerade die mittleren und kleineren Fabrikanten und Industriellen. Im Interesse der letzteren liegt es vor allem, daß ein gewisses Durchschnittsniveau in den künstlerischen und technischen Leistungen der Pforzheimer Bijouterie hochgehalten werden kann.

Es muß aber im Landtag auch gesagt werden: Wenn der Herr Kunstgewerbeschuldirektor Waag schon seit Jahren die Interessen des Kunstgewerbevereins mit Interesse und Lebendigkeit unterstützt hätte und wenn ihm der innige Kontakt mit der Industrie nicht schon seit Jahren un bequem gewesen wäre, so wäre von ihm darauf gedrückt worden, daß die Verbindung des Kunstgewerbevereins mit der Kunstgewerbeschule von allem Anfang an in das Bauprogramm aufgenommen und von der Grob. Regierung nicht gestrichen worden wäre. Erst in den letzten

Monaten, als im Kunstgewerbeverein Sitzung auf Sitzung stattfand, nachdem namentlich die Industriellenkreise mit Nachdruck dahinter waren, hat sich auch der Kunstgewerbebeschuldirektor Baag dazu bequemen können, zu sagen: Meine Herren, Ihre Auffassung ist zweifellos richtig, und es wäre angezeigt, wenn die Großh. Regierung sich zur Bereitstellung der Mittel herbeiließe. Die Liebe, die in dem Herrn Kunstgewerbebeschuldirektor Baag erwacht ist, ist erst sehr jungen Datums!

Auf die großen Aufgaben, die die Stadtgemeinde Pforzheim zu erledigen hat, will ich nicht besonders hinweisen, das hat in erschöpfender Weise der Herr Kollege **Odenwald** bereits getan.

Man könnte nun sagen: Wer hat denn einen so großen Schaden davon, wenn der Anbau nicht an die Kunstgewerbeschule angefügt wird? Den geringsten Schaden hat zweifellos der Kunstgewerbeverein, aber den meisten Schaden hat die Schule und mit ihr die Industrie. Die Bedürfnisse auf dem großen internationalen Markt, den sich Pforzheim mit seiner gewaltigen Industrie und großen Arbeiterzahl, die jetzt etwa 28 000 beträgt, erobert hat und sich immer weiter erobern muß, der noch immer größere Ausdehnung gewinnen muß, diese Bedürfnisse erfordern es, daß ein inniger Kontakt zwischen Industrie und Schule hergestellt bleibt, denn Pforzheim ist trotz der Bedeutung seiner Industrie immer noch nicht tonangebend in Bijouteriefreien. Auch hier wird wie in vielen anderen Dingen die Mode in Paris gemacht. Aber auch in unserem eigenen Vaterlande regt es sich, in immer lebhafteren Wettbewerb mit Pforzheim treten und ihm den Rang ablaufen zu können. Mit gültiger Erlaubnis des Herrn Präsidenten werde ich aus dem „Schwäbischen Merkur“ nur ganz wenige Sätze vorlesen, die im Sommer letzten Jahres anlässlich der Beschreibung der Ausstellung der **Gmünder** Fabrikanten und Künstler geschrieben worden sind. Als nämlich die neue Fachschule in Gmünd errichtet worden ist, hat gleichzeitig eine Ausstellung moderner Erzeugnisse der Gmünder Edel- und Unedelmetallindustrie stattgefunden. Da heißen einige Sätze: „Zunächst fallen die Erzeugnisse der hochentwickelten Gmünder Silberwarenindustrie in die Augen.“ Dann: „In der Silberwarenfabrikation liegt das Hauptgewicht der Gmünder Edelmetallindustrie, während Pforzheim und Hanau von jeher mehr die Goldbijouterie kultivierten. Das hindert aber nicht, daß jetzt auch in Gmünd eine recht bedeutende Goldwarenindustrie sich entwickelt hat.“ Dann wieder: „Daß Gmünd auch auf dem Gebiet der allerreichsten und feinsten Goldbijouterie erfolgreich konkurrieren kann, das zeigt das einen sehr bedeutenden materiellen Wert repräsentierende Schaufensterdell im Mittelsaal.“ Und zum Schluß: „Und damit kommen wir noch kurz auf die sehr reichhaltige Ausstellung von Schülerarbeiten der Gmünder Fachschule zu sprechen, die in der Aula des neuen Gebäudes untergebracht ist. Auch sie weist ohne Ausnahme tüchtige, zum Teil sogar sehr vortreffliche Leistungen auf.“ Also Sie sehen, wo anders regt man sich auch, und nicht nur die Konkurrenz des Auslandes sondern auch die Konkurrenz innerhalb des Deutschen Reiches selbst wird für die Pforzheimer Industrie immer mehr und mehr fühlbar.

Ich möchte die Herren Kollegen des Hohen Hauses bitten, dem Antrag, wie er durch den Herrn Berichterstatter gestellt worden ist, und dem Wunsche, wie er in der Petition des Kunstgewerbevereins Pforzheim niedergelegt ist, die Zustimmung nicht zu verweigern. Ebenso möchte ich an die Großh. Regierung die dringende Bitte, doch ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und ihre

prinzipiellen Bedenken fallen zu lassen, prinzipielle Bedenken, die wir bei der eigenartigen Wechselwirkung zwischen Schule und Industrie mit ihren unzertrennlichen Bedürfnissen, die gar nicht voneinander losgelöst werden können, nicht für berechtigt anerkennen können. Wir glauben, daß sie sie bei einigem Nachdenken noch überwinden kann; und wenn die Abstimmung des Hohen Hauses zahlenmäßig ausfällt wie in der Budgetkommission, hoffen wir von der Regierung, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben wird.

**Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman:** Dem Wunsch des Herrn Vorredners, über diese Sache einigermaßen nachzudenken, habe ich bereits entsprochen (Geiterkeit). Ich bin aber bei diesem Nachdenken nicht zu dem Entschluß gelangt, meinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sondern ich halte diesen ablehnenden Standpunkt fest.

Die Regierung erkennt durchaus die Bedeutung der Pforzheimer Goldwarenindustrie, eine Bedeutung, die sich nicht beschränkt auf die Stadt Pforzheim und ihre Umgebung, sondern eine Bedeutung für das ganze Land nicht nur aus dem Gesichtspunkt, daß dort beträchtliche Steuerquellen fließen, sondern auch aus dem Gesichtspunkt, daß dort große Werte geschaffen werden, daß eine stattliche Arbeiterbevölkerung ernährt wird und daß der Ruf Pforzheims durch seine fleißige und intelligente Industrie bis weit über die Grenzen des Landes hinausgetragen wird. Diese Anerkennung und diese Sympathie, welche die Regierung für die Pforzheimer Industrie hat, betätigt sie aber nicht nur in Worten, wie man nach den Vorträgen der beiden Herren Vorredner annehmen müßte, sondern die hat sie wiederholt durch die Tat kund getan; und auch in der vorliegenden Sache ist die Regierung so weit gegangen, als es nach gewissenhafter Überlegung zulässig erschien.

Die Geschichte der Kunstgewerbeschule und des hier in Frage stehenden Anbaues ist von den Herren Vorrednern vorgetragen worden. Sie ist aber nicht lückenlos vorgetragen worden und sie hat eine Beleuchtung erfahren, die vor genauer Prüfung nicht standhalten kann.

Ich erlaube mir, auf diese Geschichte einzugehen, da das zur Würdigung des Standpunktes der Regierung notwendig ist.

Die Kunstgewerbeschule ist, wie hier gesagt wurde, im Jahre 1877 als eine städtische Anstalt gegründet worden. In Anerkennung ihrer Bedeutung für die Industrie von Pforzheim und damit für das Land hat die Regierung im ersten Jahre einen Beitrag von rund 15 000 M. zu dieser Schule gegeben, in dem folgenden Jahre einen Beitrag von 9550 M. und im Jahre 1886 einen Beitrag von rund 12 000 M. Im Jahre 1887 trat dann, und das ist von den Herren nicht erwähnt worden, eine fundamentale Änderung ein. Der Staat hat am 1. Januar 1887 die Anstalt in eigenen Betrieb übernommen, er hat mit der Stadt eine Vereinbarung geschlossen, wonach sie zu der Anstalt folgendes gestellt hat: 1. Das Gebäude (dieses aber nicht vollständig, sie hatte noch ihre Gewerbeschule darin), 2. die Beleuchtung und Heizung, 3. das Wasser, und 4. einen jährlichen Beitrag, der zunächst 5000 M. betragen hat, und der sich schließlich auf 11 000 M. steigerte. Im Oktober des Jahres 1892 ist dann die Gewerbeschule ausgezogen, und es hat der Staat das ganze Gebäude bekommen. Außerdem hat die Stadt weiter noch wie bisher Beleuchtung, Heizung und Wasser gestellt, sie hat aber, weil sie nunmehr das

ganze Gebäude zur Verfügung stellte, keinen Barzuschuß mehr geleistet. Im Jahre 1903 hat dann die Stadt, nachdem die Verhandlungen über die Errichtung eines neuen Gebäudes begonnen hatten — die Schule hatte sich erfreulich entwickelt und das Gebäude genügt nicht mehr —, für 110 000 M. einen Bauplatz für das neue Gebäude gekauft. Dafür hat dann der Staat die Heizung und die Beleuchtung übernommen. Diese Heizung und Beleuchtung hat damals 5000 M. jährlich gekostet; sie kostet nach dem Voranschlag für 1910 8000 M.; die Stadtgemeinde Pforzheim bekommt also für den Ankaufspreis des Bauplatzes von 110 000 M. eine Verzinsung von 5 bis 8000 M. Das ist die „unentgeltliche“ Stellung des Bauplatzes.

Über den Neubau fanden längere Verhandlungen statt, welche im Jahre 1902 soweit gediehen waren, daß der Gewerbeschulrat, die damalige Mittelstelle, welche diese Schulen unter sich hatte, den Auftrag erteilte, ein Bauprogramm auszuarbeiten. Die Direktion hat dieses Bauprogramm ausgearbeitet und hat in dasselbe einen besonderen Flügel aufgenommen, dessen eines Stockwerk vollständig dem Kunstgewerbeverein dienen sollte; es sollten da das Museum des Kunstgewerbevereins und seine anderen Räume untergebracht werden. Der Direktor, der das tat, war derselbe Herr Direktor Waag, von dem der Herr Abg. Stockinger sagt, „ihm sei die Verbindung zwischen Industrie und Kunstgewerbeverein unbequem und er habe nicht genügendes Interesse für diese Sache betätigt“. Dieses Projekt wurde dann vom Gewerbeschulrat und von dem damals zuständigen Unterrichtsministerium geprüft, und man hat gefunden, daß die Kosten dieses Projektes 1 200 000 M. betragen würden. Das Unterrichtsministerium hat ausgesprochen, daß diese Kosten viel zu hoch seien, und daß sie ganz erheblich reduziert werden müßten. Der Vorsitzende des Gewerbeschulrats, der Geheimrat Braun, hat sich dann nach Pforzheim begeben und hat mit den maßgebenden Faktoren eine Reduktion des Bauprogramms beraten. Man kam überein, den südlichen Flügel, in welchem die Räume des Kunstgewerbevereins vorgesehen waren, wegzulassen, und es waren alle Beteiligten der Ansicht, daß das ohne erhebliche Schädigung der Interessen des Unterrichts möglich sei. So kam man dazu, die Kosten für das Gebäude auf 700 000 M. zu mindern. Im Jahre 1903 hat das Unterrichtsministerium von diesem Ergebnis dem Stadtrat Pforzheim Mitteilung gemacht und gesagt, da man davon ausgegangen sei, daß die Kosten nur 500 000 M. betragen sollten, so sei der Neubau nicht ausführbar, wenn sich die Stadt nicht entschleße, einen Barbeitrag zu leisten. Das ist der wahre Sachverhalt, und es ist unrichtig, wenn der Herr Abg. Stockinger sagt, daß etwas anderes in der Budgetkommission gesagt worden sei. Mein Herr Nachbar zur Rechten hat den Sachverhalt dort genau so dargestellt, wie ich ihn jetzt dargestellt habe. Dazu ist übrigens zu bemerken, daß bei dem ersten Verlangen nach Stellung eines Bauplatzes von dem Ministerium gesagt worden ist, mindestens müsse ein Bauplatz gestellt werden.

Im Jahre 1904 hat das Unterrichtsministerium in den Verhandlungen wieder ausgesprochen, unter keinen Umständen dürfe der Aufwand über 700 000 M. betragen, und im Jahre 1905 haben der Stadtrat und der Beirat der Kunstgewerbeschule über das vorliegende Projekt ihre volle Befriedigung ausgesprochen, also über das Projekt, in welchem die Räume des Kunstgewerbevereins nicht enthalten waren, dagegen waren Wünsche seitens des Stadtrates wegen des Barbeitrags vor-

handen. Der Herr Staatsminister hat im Jahre 1905 eine Deputation zum Vortrag dieser Wünsche empfangen und hat ihr erklärt, daß eine erste Rate für den Neubau nur dann in das Budget aufgenommen werden würde, wenn die Stadt ein Drittel der Bauumme einschließlich der Einrichtung, zusammen also ein Drittel von 800 000 M. übernehmen würde. Ein Drittel von 800 000 M. sind rund 266 000 M. Darauf hat die Stadt Pforzheim beschlossen, 100 000 M. zu bewilligen. Mein Herr Vorgänger — inzwischen war die Sache auf das Ministerium des Innern übergegangen — begab sich dann nach Pforzheim; damals wurden 250 000 M. vereinbart, und dann kam die Forderung von weiteren 150 000 M. an den Bürgerausschuß, die auch bewilligt wurden. Es ist also ganz unrichtig, wenn gesagt wird, der Staat habe zunächst 100 000 M. verlangt und, wie er diese gehabt habe, habe er weitere 150 000 M. verlangt, und die Äußerungen der Unzufriedenheit, die wegen dieser angeblichen Nachforderung des Staates in Pforzheim hervorgerufen sind, waren durchaus unberechtigt.

Nun ist über die weitere Entwicklung der Anstalt noch zu erwähnen, daß, wie schon der Herr Abg. Stockinger gesagt hat, der Aufwand, den der Staat für die Anstalt machen mußte, sich von 34 710 M. im Jahre 1892 auf 97 490 M. im Jahre 1910 gesteigert hat. Der Aufwand für den Neubau beträgt mit der Einrichtung 818 000 M. Dazu trägt die Stadt 250 000 M. und den Bauplatz bei; der Staat trägt also 568 000 M.

Was nun die Vereinigung des Kunstgewerbevereins mit dem Neubau betrifft, so ist richtig vorgetragen worden, daß erst im Jahre 1908 und dann im Jahre 1909 die Bestrebungen hervorgerufen sind, nun doch entgegen der früheren Abmachung den Kunstgewerbeverein in einem Anbau an den Neubau der Kunstgewerbeschule unterzubringen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß es besser ist, wenn der Kunstgewerbeverein in räumlicher Verbindung mit der Kunstgewerbeschule bleibt. Die Schüler besuchen die Ausstellung des Kunstgewerbevereins, teils unter Führung ihrer Lehrer, teils allein, sie können dort zeichnen, es können auch einzelne Gegenstände aus der Ausstellung in die Schulräume für Schulzwecke genommen werden, und es ist leichter, diesen Verkehr aufrecht zu erhalten, wenn die Sammlungen sich unter demselben Dache mit der Kunstgewerbeschule befinden. Der Verkehr wird aber keineswegs aufgehoben, der Konnex zwischen Industrie und Schule wird keineswegs, wie mit beweglichen Worten gesagt wurde, zerrissen, wenn die Sammlung eine Viertelstunde von dem Hause der Kunstgewerbeschule entfernt ist. Die Schüler werden nach wie vor die Sammlungen besuchen können, nach wie vor werden ihnen Bibliothek und Lesezimmer zur Verfügung stehen. Dabei ist noch daran zu erinnern, daß die Pforzheimer Kunstgewerbeschule keine Ganztagschule sondern eine Halbtagschule ist, daß also die Schüler durchaus in der Lage sind, von den Einrichtungen des Kunstgewerbevereins Gebrauch zu machen, auch wenn sie eine Viertelstunde Wegs von der Kunstgewerbeschule entfernt sind. Also von einer Notwendigkeit dieser Verbindung kann nach Ansicht der Regierung nicht gesprochen werden. Und dieser Ansicht waren auch alle Beteiligten im Jahre 1905.

Ohne Räume für den Kunstgewerbeverein ist das Projekt in das Budget 1906/07, in das Budget 1908/09 und in das Budget 1910/11 aufgenommen worden, und ohne Einflügung des Kunstgewerbevereins hat das

Projekt die Zustimmung dieses Hohen Hauses und des anderen Hohen Hauses gefunden.

Wenn nun jetzt auf Grund einer Besichtigung von Gmünd, wo die Sammlungen in zweckmäßiger Weise mit den Schulräumen vereinigt sind, dieser Wunsch lebhaft hervorgetreten ist, so finde ich das durchaus begreiflich. Aber die Großh. Regierung ist nicht der Ansicht, daß sie nun nachträglich, nachdem sie auf Grund eingehender Überlegung, weil der Kostenvoranschlag zu hoch war, diesen Flügel gestrichen hat, auf ihre Kosten diesen Flügel anfügen soll; sondern wenn der Kunstgewerbeverein das wünscht, dann muß entweder der Kunstgewerbeverein oder es muß die Stadt oder es müssen beide zusammen diesen Anbau ausführen. Wir lassen den Anbau ohne weiteres zu, wir stellen die beiden Mauern zur Verfügung, an welche der Anbau eingefügt werden würde. Das bedeutet eine Ersparnis an den Baukosten von 15 000 Mark. Weiter zu gehen sind wir aber nicht in der Lage.

Es kommt doch auch in Betracht, daß die Stadt einen sehr großen Vorteil dadurch hat, daß der Kunstgewerbeverein das bisherige Gebäude der Kunstgewerbeschule verläßt. Sie bekommt dadurch zahlreiche städtische Räume, welche sie für eine andere Schule verwenden kann, also vielleicht für die Goldschmiedeschule, für ein Gemeindeunternehmen. Sie wird dadurch der Notwendigkeit enthoben, ein neues Gebäude dafür zu errichten. Ich meine überhaupt, die Stadt macht gar kein so schlechtes Geschäft bei der ganzen Sache. Was erstens den Bauplatz betrifft, so habe ich schon gesagt, wie er sich dadurch verzinst, daß Heizung und Beleuchtung nicht mehr gestellt werden, und was die 250 000 Mark Beitrag betrifft, so wird eben durch den Neubau das bisherige Schulgebäude, welches einen Wert von 440 000 Mark repräsentiert, größtenteils für andere Zwecke frei, und wenn weitere 73 000 M. aufgewendet werden, so wird es für städtische Zwecke ganz frei, und es werden dabei wahrscheinlich höhere Summen erspart, als auszugeben sind.

Ich kann also nicht finden, daß die Regierung, wie der Herr Abg. Stodtger gesagt hat, eine „zähe, immer wieder ablehnende Haltung“ eingenommen hat, und ich kann nicht finden, daß sie Anlaß gegeben hat zu „Erbitterung“ oder ähnlichen Gefühlen, wie ihnen hier Ausdruck verliehen worden ist. Die Regierung ist den Interessen der Pforzheimer Goldwarenindustrie schrittweise immer weiter entgegen gekommen, die Anstalt hat sich allmählich aus einer städtischen in eine staatliche verwandelt, und es sind sehr erhebliche Opfer, welche wir für diese Anstalt bringen.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß in anderen Städten Hochschulen usw. sind, wozu die Stadt keinen Beitrag leistet, so ist dem gegenüber zu sagen, daß die Hochschulen eben Anstalten sind, die unmittelbar dem ganzen Lande dienen, währenddem die Anstalt in Pforzheim doch von vorwiegend lokaler Bedeutung ist, indem sie der dort lokalisierten Industrie dient. Von den 315 Schülern der Anstalt im Jahre 1908/09 waren alle außer dreißig in Pforzheimer Geschäften beschäftigt. Der Heimat nach kamen aus Pforzheim selbst 196 und aus dem Amtsbezirk Pforzheim 38. Es waren also nur 81, die nicht auch noch in Pforzheim und Umgebung heimisch waren.

Wenn dann immer wieder auf Schwäbisch-Gmünd usw. hingewiesen wird, so darf doch gesagt werden, daß der badische Staat sich demgegenüber sehen lassen kann. In Schwäbisch-Gmünd ist ein Schulhaus mit einem Bauaufwand von 260 000 M. gebaut worden, die

Stadt hat den Bauplatz gestellt und die Hälfte des Bauaufwandes übernommen, während Pforzheim noch nicht ein Drittel übernommen hat. Das Museum in Schwäbisch-Gmünd hat 110 000 M. gekostet, dazu hat der Staat einen Zuschuß von 20 000 M. geleistet. Dieses Museum enthält aber verschiedene andere Sammlungen, dient nicht lediglich der Edelmetallindustrie von Schwäbisch-Gmünd. Zum laafenden Aufwand leistet die Stadt Schwäbisch-Gmünd 6 400 M. und der Staat 23 820 M. Auch Hanau gegenüber sind unsere Leistungen sehr viel erheblicher. Der Staatsbeitrag in Hanau beträgt 88 230 M., unser Staatsbeitrag beträgt 94 000 M. Dabei sind wir das kleine Baden, und dort ist es das große Preußen.

Ich kann nach diesen Ausführungen nur bitten, daß das hohe Haus dem Antrage der Mehrheit seiner Budgetkommission nicht beitreten möge. Ich glaube hinlänglich gezeigt zu haben, daß wir den berechtigten Wünschen nach Möglichkeit entgegengekommen sind, und ich glaube, es liegt im Landesinteresse, daß in einem solchen Falle auch einmal das hohe Haus ein entschiedenes Nein ausspricht.

Abg. Kopf (Zentr.): Wenn die Pforzheimer eine Angliederung der Sammlungen des Kunstgewerbevereins an die Kunstgewerbeschule wünschen, so finde ich das, wie auch der Herr Minister, durchaus berechtigt und verständlich; auch ich glaube, daß eine enge Verbindung von Praxis und Anschauung, wie sie insbesondere das Studium der Sammlungen bietet, für den Unterricht nur förderlich sein kann. Aber daß der Staat, nachdem er für die Kunstgewerbeschule Pforzheim schon große Opfer gebracht hat, und nachdem er jährlich so große Opfer für den Betrieb der Anstalt bringt, nun auch noch für die Erstellung eines Gebäudes für die Sammlungen eines Vereins, die allerdings nebenher auch den Schülern bequem zugänglich gemacht werden sollen, große Opfer auf sich nehmen muß, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Meines Erachtens war es schon ein großes Entgegenkommen seitens des Staates, als er im Jahre 1887 die Kunstgewerbeschule, die ja ursprünglich eine städtische Anstalt war, übernahm. Der Staat ist damals und seitdem stets ganz gewiß außerordentlich freigebig gewesen, und was in dieser Beziehung vom Herrn Minister festgestellt worden ist, kann sich im Vergleich zu dem, was Württemberg und was Preußen in Gmünd und Hanau tun, recht wohl sehen lassen.

Wenn auch die Pforzheimer Bijouterieindustrie einen Weltruf hat, so wird man doch immerhin anerkennen müssen — und das geht auch aus der Zahl und den Wohnsitzen der Schüler hervor, von denen die Kunstgewerbeschule besucht wird —, daß den Gewinn an dieser Industrie wie an der Pforzheimer Kunstgewerbeschule doch in erster Linie die Stadt Pforzheim und ihre allernächste Umgebung haben, daß also hier mehr oder weniger lokale Interessen in Frage kommen. Nun bauen auch andere Städte ihre Gewerbeschulen; wenn sie auch nicht gerade eine Bijouterieindustrie haben, so haben sie dafür eben andere Gewerbe. Ich habe aber nie gehört, daß andere Städte mit dem Verlangen gekommen sind, daß man ihnen seitens des Staates einmal die Schulhäuser baut und unterhält, und daß man dazu auch noch ein Gebäude für private Sammlungen an die Schule anschließt. Wir haben z. B. in Freiburg vor einigen Jahren eine Gewerbeschule gebaut, die fünf Viertel Millionen gekostet hat. Auch wir hatten ursprünglich den Plan, eine Sammlung damit zu verbinden, das Projekt ist uns aber im Kostenpunkte zu rund geworden,

weshalb wir darauf verzichtet haben. Wir haben an dieser Gewerbeschule eine ganze Reihe Fachabteilungen für verschiedene Gewerbe, man kann sie deshalb ganz gut auch mit der Pforzheimer Kunstgewerbeschule in Parallele stellen; es ist aber keinem Menschen eingefallen, zu verlangen, daß der Staat die Kosten dieser Schule trägt, daß der Staat diese Schule überhaupt errichtet. So ist es auch in anderen Städten. Man ist den Pforzheimern weit genug entgegengekommen dadurch, daß man ihre Kunstgewerbeschule auf den Staat übernommen und daß man den größten Teil der Kosten der Erstellung eines neuen Gebäudes für diese Schule auf den Staat übernommen hat.

Wir hätten in der Tat die Konsequenzen zu fürchten, wenn wir den Pforzheimern auch noch die Angliederung von Sammlungen an die ohnedies schon in freigebiger Weise auf den Staat übernommene Kunstgewerbeschule bezahlen wollten. Meines Erachtens ist das eine Aufgabe, die der Stadt oder dem Kunstgewerbeverein obliegt. Würden wir es anders machen, so würden wir erleben, daß andere Städte und andere Gemeinden mit ähnlichen Wünschen nachkommen würden. Mit welchem Rechte aber wollten wir ähnlichen Wünschen entgegenreten? Die großen Städte, die der Städteordnung unterstehen, haben alle ähnliche Bestrebungen auf dem oder jenem Kunstgewerbegebiete. Wenn die anderen dann mit ähnlichen Wünschen an uns herantreten würden, müßten wir in gleicher Weise freigebig sein, und wenn kleinere weniger leistungsfähige Gemeinden mit entsprechenden Wünschen kämen, müßten wir erst recht freigebig sein. Ich glaube, das dürfte uns zu Konsequenzen führen, die wir mit Recht scheuen müssen. Schon die gegenwärtige Finanzlage muß uns daran erinnern, daß wir das nicht dürfen; sie ist nicht so günstig, daß wir uns den Luxus leisten könnten, große, so leistungsfähige Gemeinden wie die Stadt Pforzheim in einer derartigen durch innere Gründe in gar keiner Weise gerechtfertigten Sache zu unterstützen.

Ich habe hier ein dem statistischen Jahrbuch entnommenes Verzeichnis der Umlagen, die in der Stadt Pforzheim im Jahre 1908 erhoben worden sind, und ich sehe daraus, daß in Pforzheim nach dem Boranschlag für 1908 bezahlt worden ist aus Liegenschaften und Betriebsvermögen 29 Pf. von 100 M. Steuerkapital, aus Kapitalvermögen 10 Pf. von Einkommen 1,74 M. Diese Sätze sind niedriger als die Sätze der meisten anderen Städte, die der Städteordnung unterstehen. Ich darf daran erinnern (es ist mir gerade vorhin zugerufen worden), daß man in Offenburg aus Liegenschaftlichem und Betriebsvermögen 36 Pf. zahlt. Ich weiß, daß man in Karlsruhe mindestens 32 Pf. zahlt, und daß hier in Bälde eine Erhöhung eintreten wird. In Mannheim zahlt man 35 Pf. Das sind also ganz andere Sätze als in Pforzheim. Wenn ich erst die Randgemeinden und kleineren Städte betrachte, so finde ich da eine große Anzahl Gemeinden, in denen ungefähr das Doppelte dessen bezahlt wird, was Pforzheim an Umlage bezahlt. Angesichts derartigen finanzieller Verhältnisse, wie sie in der wohl-situierten Stadt Pforzheim bestehen, wo recht viele reiche Leute sind und wo insbesondere der Kunstgewerbeverein sicherlich zumeist aus sehr leistungsfähigen Herren besteht, würden wir uns wirklich eine schwere Verantwortung aufladen, wenn wir der Regierung empfehlen wollten, daß sie hier für ein Sammlungsgebäude, das nur nebenher auch Unterrichtszwecken dienen soll, staatliche Mittel anfordert. Ich wenigstens mache diesen Schritt nicht mit, und der überwiegende Teil meiner

politischen Freunde wird ihn, soviel ich unterrichtet bin, auch nicht mitmachen.

Ich habe mich sehr gewundert, daß die Herren Vertreter von Pforzheim heute so vorwurfsvoll über die bisherigen Leistungen der Regierung für die Kunstgewerbeschule gesprochen haben, namentlich darüber, was der Staat der Stadt Pforzheim hinsichtlich der Erstellung des neuen Kunstgewerbeschulgebäudes zugemutet habe. Aus dem, was der Herr Minister eben vorgetragen hat, ist doch, glaube ich, hervorgegangen, daß der Staat hier der Stadt Pforzheim in einer außerordentlich freigebigen Weise gegenübergetreten ist, und es wäre wohl angemessener gewesen, wenn die Herren Vertreter von Pforzheim Worte des Dankes gegenüber der Munifizenz der badischen Regierung und der badischen Volksvertretung hinsichtlich der Förderung ihrer Kunstgewerbeschule gefunden hätten. Aber gerade ihre, ich darf wohl sagen, übertriebenden Ausführungen sind nach meiner Meinung nicht geeignet, die Volksvertretung zu bestimmen, daß sie hier nun noch weiter geht.

Wir sollten uns dahin einigen, den Antrag der Kommission nicht anzunehmen, er geht unbedingt zu weit. Der Staat hat gegenüber den Pforzheimer Wünschen auf Pflege des Kunstgewerbeschulwesens weites Entgegenkommen bewiesen. Es muß aber alles seine Grenzen haben, und gerade jetzt, wo wir das Wort Sparsamkeit im Hinblick auf unsere finanziellen Verhältnisse bei den Budgetberatungen so oft aussprechen hören, müssen wir — da hat der Herr Minister ganz recht — wirklich einmal von dem Wort zur Tat übergehen; heute ist dazu eine Gelegenheit.

In Verein mit einigen Freunden beantrage ich deshalb Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Rebmann (natl.): Ich weiß nicht, ob die Art und Weise und der Ton, in dem der Herr Abg. Stodtinger die Petition empfohlen hat, geeignet war, ihr besonders viele Freunde zu erwerben. Insbesondere muß ich die verschiedenen Anrempelungen, die er, nicht zum erstenmal, heute dem Direktor der Kunstgewerbeschule in Pforzheim, dem Herrn Direktor Waag, hat angeheben lassen, auf das bestimmteste und ernsthafteste zurückweisen. Er hätte doch jetzt wissen können, daß der genannte Herr nicht ein Feind derjenigen Bestrebungen ist, über die heute zu entscheiden sein wird, sondern daß er diese früher schon empfohlen hat; das hätte er wissen und schon mit Rücksicht darauf die Angriffe auf diesen Herrn unterlassen müssen.

Wir haben nun heute die Geschichte dieser Sache von verschiedenen Seiten gehört, zunächst von den Herren, die sie in Pforzheim mitgemacht haben, und sodann die Ergänzung dazu von Seiten des Herrn Ministers. Nach dem, was wir gehört haben, müssen wir sagen, daß in dieser Sache ein Tadel gegen die Regierung nicht ausgesprochen werden kann, daß die Regierung von Anfang an bis auf den heutigen Tag eine wohlwollende Haltung gezeigt und die Anstalt nach allen Kräften gefördert hat, und daß wir ihr für das, was dort geschaffen worden ist, den lebhaftesten Dank schulden. Wenn wir heute dazu kommen, der Großen Regierung die Petition empfehlen zu überweisen, so leiten uns sachliche Gründe verschiedener Art. Zunächst ist es uns als eine Tatsache erzählt worden, daß der Kunstgewerbeverein in Pforzheim nicht in der Lage sei, aus eigenen Mitteln den Bau zu erstellen. Es handelt sich aber hier um einen Bau, den wir als nützlich anerkennen müssen, und von diesem Standpunkt sind wir ausgegangen; es soll hier etwas

Mögliches und Gutes geschaffen werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sammlungen, die zum Gebrauch der Kunstgewerbeschule erhalten werden sollen, einen beträchtlichen Wert darstellen, und daß, wenn sie nicht vorhanden wären, alsbald dazu geschritten werden müßte, sie zu schaffen. Diese Sammlungen haben nicht bloß einen aktuellen sondern auch einen historischen Wert, insofern, als sie die Entwicklung des Kunstgewerbes nach verschiedenen Seiten praktisch demonstrieren. Und das weiß ich als Schulmann ganz wohl, daß eine Sammlung unter Umständen ihren vollen Gebrauchswert verliert, wenn sie nicht jeden Augenblick zur Hand ist. Die Unterrichtsmittel, die wir in der Schule brauchen, müssen eben jeden Augenblick zur Verfügung sein, sonst liegt die Gefahr sehr nahe, daß die Sammlungen überhaupt nicht gebraucht werden; ich weiß das aus meiner eigenen Tätigkeit. Wenn also die Entfernung der Sammlungen von der neuen Schule, wie uns gesagt wurde, eine Viertelstunde beträgt, verlieren diese Sammlungen nahezu vollständig ihren Wert. Wir wollen aber diese Sammlungen dem Unterricht und dem unmittelbaren Gebrauch der Schule erhalten wissen.

Wir haben den Standpunkt der Großen Regierung in dieser Angelegenheit eingehend dargelegt erhalten und können diesen ablehnenden Standpunkt auch bis zu einem gewissen Grade verstehen, aber wir meinen, daß hier in der Tat ein gutes Werk geschaffen werden soll, und wir sind deshalb in der Budgetkommission sehr gern auf den *Ausweg* eingegangen, daß sich die Stadt Pforzheim nochmals zu einem weiteren Zuschuß verstehen solle, der bis zur Hälfte der Höhe der angeforderten Summe betragen könnte. In dieser Teilung des Aufwandes haben wir dann das Mittel gefunden, hier zu einem Ziel und Ende zu kommen, daß wir ganz wohl vor uns und auch vor dem Lande vertreten können. Wir sind deshalb dazu gekommen, empfehlende Überweisung der Petition vorzuschlagen, und ich möchte Sie deshalb auch bitten, dafür zu stimmen.

Hierauf wird folgender Antrag der Abgg. *Kopf* und *Genossen* zur Kenntnis gebracht:

Die Unterzeichneten beantragen, die Zweite Kammer wolle beschließen, über die Petition des Kunstgewerbevereins Pforzheims zur Tagesordnung überzugehen.  
Die Begründung des Antrags ist in den vorausgehenden Ausführungen des Abg. *Kopf* bereits erfolgt.

Abg. *Stodinger* (Soz.): Aus den Ausführungen des Herrn Kollegen *Kopf* könnte man schließen, daß die Summe, die hier verlangt wird (die Summe von 73 000 M.) ganz vom Staate getragen werden solle. Er hat wenigstens nicht darauf hingewiesen, daß bei der Stadtgemeinde Pforzheim die Bereitwilligkeit vorhanden ist, 36 000 M., also die Hälfte dieser Summe zu tragen.

Es ist notwendig, noch auf einige Ausführungen des Herrn *Minister* einzugehen. Zunächst wird doch zugegeben werden müssen, daß es außerordentlich erstaunlich und verwunderlich wäre, wenn hinsichtlich solcher Dinge der einzelne Abgeordnete besser unterrichtet wäre als wie der Minister selbst. Daß er, dem doch alles Material bis in das letzte Detail zur Verfügung steht, da und dort noch orientierende, sachdienliche Auskünfte geben kann, die über das hinausgehen, was ein Abgeordneter an Information zu erlangen in der Lage ist, das ist doch ganz zweifellos. Deshalb kann man mir eigentlich doch wohl nicht einen indirekten Vorwurf machen, als hätte ich nicht das gesagt, was ich selbst weiß,

oder als hätte man hier im Hause überhaupt unrichtige Darstellungen gegeben. Sowohl Herr Kollege *Odenwald* als ich haben von dem Material, das wir uns mühsam da und dort zusammengesucht haben, wobei uns einiges auch in dankenswerter Weise von dem Stadtrat zur Verfügung gestellt worden ist, Gebrauch gemacht. Aber das ist doch zweifellos richtig, daß Kunstgewerbeschuldirektor *Waag* in Pforzheim sich, als das erste große Projekt im Juli 1902 abgelehnt worden war, etwa 5—6 Jahre lang keine Mühe mehr dafür gegeben hat, daß für den Kunstgewerbeverein in dem Bauprogramm, wie es tatsächlich auch jetzt zur Ausführung kommt, neue Räume vorgesehen werden. Diese Tatsache kann in keiner Weise bestritten werden. Ich habe nicht gesagt, daß er von allem Anfang an den Kontakt mit dem Verein nicht gewünscht hat; aber jahrelang wenigstens hat er nach dieser Richtung hin nichts mehr unternommen und ich kann den Herrn Kollegen *Rehmann* gar nicht verstehen, wenn er wegen der Erwähnung dieser Tatsache mir einen so harten Vorwurf entgegenschleudert, ich hätte hier in einem sehr vorwurfsvollen Ton gesprochen. Ich habe im Gegenteil heute außerordentlich veröhnlich gesprochen (Heiterkeit). Ich bin auch gar nicht der Meinung, daß Kunstgewerbeschuldirektor *Waag* in Pforzheim von mir angeempelt worden sei. Das sind Vorwürfe, die ich hier zurückweisen muß. Ich habe hier lediglich erzählt, was mir nach allen möglichen Informationen, namentlich auch durch mündliche Erklärungen verschiedener Herren, die die Tätigkeit des Herrn Direktors kennen müssen, von jeher bestätigt worden ist.

Auch darauf muß ich noch einmal zu sprechen kommen, daß wenigstens damals, als vom Bürgerausschuß die Mittel verlangt wurden, um das Geld für den Bauplatz zur Verfügung zu stellen, vom Stadtrat dem Bürgerausschuß gegenüber — das ist für mich das einzig entscheidende, mehr weiß ich in der Sache nicht — nichts davon geredet worden ist, daß auch noch 250 000 M. zur Verfügung gestellt werden sollen. Das hat ja auch der Herr Minister in seinen Ausführungen zugegeben. Mit dieser Forderung ist man erst später hervorgetreten, und es ist erst in späteren Sitzungen zur Bewilligung zuerst von 100 000 M. und dann von 150 000 M. gekommen. Darauf legen der Herr Kollege *Odenwald* und ich den größten Wert. Daß die 250 000 M. und der Bauplatz vom Bürgerausschuß nicht *gleichzeitig* verlangt worden sind, hat ja auch die ganze Verstimmlung in Pforzheim erzeugt, von der wir beide übereinstimmend hier berichtet haben. Das hat aber auch der Herr Minister hier durchaus nicht bestritten können.

Ganz richtig hat der Herr Kollege *Rehmann* darauf hingewiesen, daß die räumliche Trennung zwischen dem Kunstgewerbeverein mit seinen Sammlungen und der Schule in ganz kurzer Zeit zu einer vollständigen Wertlosmachung der Sammlungen führen wird. Dieses räumliche Beieinandersein ist unbedingt erforderlich, wenn die Sammlung nicht ein totes Kapital bleiben soll. Es muß auch noch gestattet sein, der Erklärung der Regierung gegenüber, sie stelle dem Verein bezw. der Stadt den Bauplatz und noch zwei Mauern zur Verfügung, darauf hinzuweisen, daß Pforzheim schon 115 000 M. hergegeben hat, um den Bauplatz zur Verfügung stellen zu können.

Mit der alten Schule ist es im übrigen nicht sehr weit her, das weiß auch die Regierung selbst. Die Schule ist verhältnismäßig klein, sie hat nur zwei Stockwerke, und, wie schon von verschiedenen Seiten, namentlich auch von dem Hochbauamt in Pforzheim konstatiert worden ist,

ist das Gebäude nicht sehr solide aufgeführt. Wenn also die Stadtgemeinde Pforzheim den Bau einmal für andere Schulzwecke verwenden wollte, so müßte sie wieder ziemlich tief in den Geldbeutel langen, um ihn so herzurichten, daß er den neuen Zweckbestimmungen auch wirklich dienlich wäre.

Wenn auf die lokale Bedeutung der Kunstgewerbeschule hingewiesen worden ist, so ist dieser Hinweis bis zu einem gewissen Grade berechtigt und auch von Pforzheimer Vertretern meines Wissens niemals ernstlich bestritten worden. Es entspricht doch aber auch wieder den Tatsachen, daß Pforzheim um der lokalen Bedeutung der Pforzheimer Kunstgewerbeschule willen jahrelang ganz namhafte Opfer gebracht hat. Das kann jedenfalls gesagt werden, das ist auch von dem Herrn Minister in den Zahlen, die er mitgeteilt hat, zugegeben worden.

Ich kann nur noch einmal sagen, daß der Staat, wenn der Kunstgewerbeverein mit all seinen Sammlungen, der Bibliothek usw. auswandern muß, d. h. in dem Falle richtiger gesagt, nicht einwandern darf, in kurzer Zeit gezwungen sein wird, selbst Geld für Einrichtung einer Sammlung und dergl. aufzuwenden, und daß so das, was der Herr Kollege Kopf verhüten will, ganz zweifellos in Bälde eintreten wird.

Es ist richtig, daß Pforzheim in den letzten drei Jahren in bezug auf die Höhe der Gemeindefinanz nicht an erster Stelle stand. Das bestritt dem Herrn Kollegen Kopf gar niemand. Aber gerade heute ist in den Pforzheimer Zeitungen ein Artikel veröffentlicht worden — dessen Merkmale zeigen, daß die Unterlagen des Stadtrats benutzt worden sind —, worin Klipp und klar nachgewiesen wird, daß eine Umlageerhöhung von zwei Pfennig bei der nächsten Voranschlagsberatung auch in Pforzheim durchgeführt werden muß, sodaß wir dann eine Umlage von 32 Pfennig haben. Wenn Sie (zum Zentrum) die Ihnen dienenden Tatsachen vortragen, müssen wir jedenfalls die Vervollständigung des Bildes vornehmen.

Ich möchte also nochmals bitten, dem Antrage der Herren Abgg. Kopf und Gen. keine Folge zu leisten und dem Antrage der Kommission die Zustimmung zu geben.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Als Vertreter einer anderen Industriestadt Badens möchte ich nicht verfehlen, der Petition Pforzheims hier meine Sympathie auszusprechen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, den der Herr Kollege Kopf eingenommen hat. Er hat ausgesprochen, es werde immer noch Sparsamkeit gerufen, sie müsse aber auch einmal in die Tat umgesetzt werden. Gewiß ist es sehr leicht, die Sparsamkeit in die Tat da umzusetzen, wo die Interessen, die man glaubt vertreten zu müssen, wie hier bei dem Herrn Kollegen Kopf, nicht in Frage kommen; es ist klar, daß man immer bei den Dingen sparen will, die den eigenen Wahlkreis nicht besonders interessieren. Ich aber stehe auf dem Standpunkt, daß man gerade in diesem zur Verhandlung stehenden Punkt nicht sparen sollte. Wenn der Herr Kollege Kopf hervorgehoben hat, daß hier für eine private Kunstgewerbesammlung staatliche Mittel verwendet werden sollten, könne er nicht billigen, so stehe ich auf dem gegenteiligen Standpunkt. Wir müssen einem Verein, welcher seine Sammlungen der staatlichen Schule zur Verfügung stellt, dankbar sein (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und müssen mit dafür sorgen, daß die Sammlungen auch der Schule in der richtigen und geeigneten Weise dienstbar gemacht werden können.

Der Herr Minister hat in sehr begeisterten Worten der Pforzheimer Kunstgewerbeschule seine Sympathien ausgedrückt. Ich will zugeben, daß die Großh. Regierung der Kunstgewerbeschule Pforzheim gegenüber ihre Sympathien im Laufe der Jahre nicht bloß durch Worte sondern auch durch Taten bezeugt hat. Ich bin aber der Ansicht, daß, wenn die Großh. Regierung die Kunstgewerbeschule von Pforzheim verstaatlicht hat, sie es nur deshalb getan hat, weil sie die große Bedeutung dieser Schule nicht nur für die Stadt Pforzheim, sondern auch für das ganze badische Land anerkannt hat (Abg. D d e n w a l d: Sehr richtig!), weil sie den Eindruck gewonnen hat, daß durch das Blühen der Pforzheimer Industrie auch die Staatsverwaltung einen großen Vorteil hat, daß die Staatseinnahmen dadurch ganz gehörig aufgebessert werden. Wenn die Kunstgewerbeschule in Pforzheim eine staatliche Schule ist, dann muß ich auch den Wunsch unterstützen, daß der Staat zur Erstellung des Anbaues, der notwendig ist, um die Sammlungen so unterzubringen, daß sie dem Schulzweck am besten dienen können, ganz gehörig mit in die Tasche greift.

Wenn der Herr Minister gesagt hat, daß noch im Jahre 1905 die Ansicht aller Beteiligten gewesen wäre, die Sammlungen könnten ohne erhebliche Schädigung der Interessen der Schule eine Viertelstunde davon entfernt sein, und daß man erst, nachdem man bei der neuen Kunstgewerbeschule in Umwind die Sammlung mit der Schule vereinigt gesehen habe, zu anderer Ansicht gekommen sei, so muß ich dem gegenüber betonen, daß ich es für sehr gut halte, wenn man noch rechtzeitig zu der Ansicht gekommen ist, daß es schädlich ist, den Bau nicht auszuführen. Ich halte das für besser, als wenn man erst später zu dieser Ansicht gekommen wäre, wenn sich dann vielleicht erhebliche Nachteile für die Schule ergeben hätten. Daß gerade die Sammlungen für den Betrieb der Schule sehr notwendig sind, das hat der Herr Kollege Nebmann uns in treffender Weise dargelegt, und ich möchte deshalb auch die Großh. Regierung bitten; wenn, wie zu erwarten ist, der Antrag der Kommission hier vom hohen Hause mit großer Mehrheit angenommen wird, dann auch ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber dieser Forderung nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Die Beratung wird geschlossen. Der Vertreter der Antragsteller und der Berichterstatter verzichten auf das Schlußwort.

Gegen die Stimmen des Zentrums (mit Ausnahme des Abg. Görlacher), einiger Nationalliberaler und Konserverativer werden hierauf der Antrag der Abgg. Kopf und Gen. abgelehnt und der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Sodann wird zu Ziffer 2 der Tagesordnung (Volkschuleetat) übergegangen.

Der Präsident teilt zunächst mit, daß der Herr Staatsminister durch Unwohlsein verhindert ist, an der heutigen Sitzung teilzunehmen, daß ferner mit Rücksicht auf den demnächst zu erwartenden Gesetzentwurf zur Abänderung des Elementarunterrichtsgesetzes nach Ansicht des Seniorenkonzils in der allgemeinen Beratung des Volkschuletats die Frage der Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif, überhaupt die Gehaltsfrage, die Schulaufsichtsfrage, die Frage des Gemeindeaufwands und eventuell auch die Frage der Ausdehnung der Schulpflicht nicht berührt werden sollten.

Hierauf erhält zunächst das Wort

Berichterstatter Abg. K o l b (Soz.): Namens der Budgetkommission habe ich die Ehre, Bericht zu erstatten über das Volksschulbudget, Ausgabebetitel X, Einnahmetitel III § 2-4 des Budgets Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Nach dem Staatsvoranschlag belaufen sich die Ausgaben des ordentlichen Etats auf 8 375 000 Mark jährlich, für beide Jahre auf 16 750 000 Mark, die Einnahmen auf rund 4 329 000 M. jährlich oder für beide Jahre auf 8 659 000 M. Im ordentlichen Etat ist eine Ausgabe von 500 000 M. für die Unterstützung bedürftiger Gemeinden zur Erbauung und Erweiterung der Volksschulhäuser vorgesehen. Der Antrag der Budgetkommission geht dahin, die Einnahmen und Ausgaben dieses Etats zu genehmigen.

Nach dem Budgetvoranschlag ist die Zahl der Gaupllehrer auch für die laufende Budgetperiode vermehrt worden und zwar von 2587 auf 2756, also eine Vermehrung um 169 etatmäßige Stellen. Trotz dieser immerhin erheblichen Vermehrung unserer Hauptlehrerstellen ist leider immer noch nicht die genügende Zahl von Lehrern vorhanden, um die Bestimmung des § 14 des Elementarunterrichtsgesetzes durchzuführen, wonach auf eine Lehrkraft dauernd nicht mehr als 70 Kinder kommen sollen. Der Lehrermangel macht sich noch immer sehr fühlbar, und wenn auch vor einigen Tagen der Herr Oberschulratsdirektor darauf hingewiesen hat, daß demnächst wieder eine größere Zahl von neuen Lehrkräften tätig sein wird, so wird damit noch nicht der bedauerenswerte Zustand aus der Welt geschafft, wonach auf einen Lehrer immer noch mehr Kinder entfallen, als im Gesetze vorgegeschrieben ist.

Wie groß der Mangel an geeigneten Schuilofern ist, ersehen Sie aus der Anlage 2 des Berichts, wo angegeben ist, daß infolge der Änderung des Elementarunterrichtsgesetzes, die im Jahre 1906 vorgenommen wurde, 20 Erweiterungen von Volksschulhäusern und 144 Neubauten notwendig geworden sind. Wenn das schon notwendig geworden ist durch eine Bestimmung, wonach ein Lehrer nicht mehr als 70 Kinder dauernd unterrichten soll, so geht daraus hervor, daß früher die Zustände doch ganz abnorme gewesen sein müssen. Leider sind wir jetzt noch nicht in der Lage, obgleich schon ganz erhebliche Mittel aufgewendet worden sind, um diese notwendigen Um- und Neubauten vorzunehmen, den § 14 des Elementarunterrichtsgesetzes genau durchzuführen. Es werden immer noch einige Jahre darüber hingehen, bis alle Neu- und Umbauten vorgenommen sind, die notwendig sind, um das Gesetz zur Erfüllung zu bringen. Die Regierung hat in diesem Budget mehr als im letzten für die Unterstützung bedürftiger Gemeinden vorgesehen, nämlich 500 000 Mark neben den 50 000 M., die im ordentlichen Budget eingestellt sind. Es muß zugegeben werden, daß das eine ganz beträchtliche Summe ist; allein es wäre doch wünschenswert gewesen, wenn man noch etwas weiter gegangen wäre, um das Tempo zu beschleunigen, das dazu führt, einen normalen Zustand herbeizuführen. Wir werden im nächsten und übernächsten Budget noch ganz bedeutende Mittel aufwenden müssen, um all den bedürftigen Gemeinden, die Schulhausneubauten vornehmen müssen, die nötige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wie dringend die Unterstützung ist, geht daraus hervor, daß uns in der Budgetkommission von der Regierung die Mitteilung gemacht wurde, daß schon bevor wir über das Budget beraten, weit über die Hälfte der vorgeesehenen 500 000 M. an Gemeinden versprochen ist. Es ist

also ein sehr großer Notstand in diesen Dingen vorhanden, von dem wir nur hoffen wollen, daß er bald behoben sein möge.

In den letzten Tagen haben wir Debatten über die Hochschulen und Mittelschulen gehabt. Im ganzen Hause war man der Überzeugung, daß der Staat in der Fürsorge für diese Schulen nicht gefargt hat; teilweise hat man sogar die Meinung vertreten, es sei in bezug auf das Mittelschulwesen eher zu viel als zu wenig geschehen. Ich glaube, jetzt schon sagen zu dürfen, daß bei der Debatte über das Volksschulwesen eine solche Übereinstimmung nicht stattfinden wird. Vor allen Dingen wird man nicht sagen, daß wir jetzt schon mit dem Zustand unserer Volksschule zufrieden sein können. Gewiß ist in den letzten Jahren viel geschehen. Durch die Änderung des Elementarunterrichtsgesetzes im Jahre 1906 ist ein bedeutender Fortschritt gemacht worden. Allein, wie ich schon erwähnt habe, stoßen wir in der Durchführung jener Bestimmung Schritt für Schritt auf Schwierigkeiten, die nur langsam beseitigt werden können. Es ist an sich schon bedauerlich, wenn wir konstatieren müssen, daß wir in Baden noch Volksschulen haben, wo ein Lehrer mehr als 70, teilweise mehr als 100 Kinder zu unterrichten hat, während wir auf der anderen Seite auf dem Lande Mittelschulen, 6-7 klassige Mittelschulen, haben, die nur 100 Schüler aufweisen, also ganze Mittelschulen, die nur von soviel Schülern besucht werden, als manchmal ein einzelner Lehrer an der Volksschule unterrichten muß. Sie werden mir zugeben, daß ein solcher Lehrer nicht in der Lage ist, das Gleiche zu leisten, wie die Lehrer an der Mittelschule unter wesentlich besseren Bedingungen leisten können. Wir müssen betonen, daß in früheren Jahren viel veräußert worden ist, was jetzt nur langsam und unter Aufwendung beträchtlicher Mittel wieder eingebracht werden kann.

Wir haben den staatlichen Schulzwang, der Staat hat infolgedessen die Pflicht, jedem Staatsbürger ein Mindestmaß von Bildung zukommen zu lassen. Der Staat hat das denkbar größte Interesse daran, daß dieses Mindestmaß von Bildung ein möglichst großes ist. Denn die Bildungsfrage ist nicht nur eine Kulturfrage sondern auch eine Volkswirtschaftsfrage. Volkswirtschaft und Schule, diese beiden Dinge, sind aufs engste miteinander verknüpft, man kann sie heute nicht mehr von einander trennen. Die Blüte der Volkswirtschaft ist wesentlich bedingt durch die Blüte unseres Schulwesens. Darin gehen allerdings manchmal die Meinungen auseinander, welches Maß von Bildung für die breiten Massen des Volkes notwendig sei. Es gibt manche, die meinen, solche Leute aus dem Volke, die später als Arbeiter oder Bauerstnechte tätig seien, bräuchten eigentlich nicht sehr viel zu lernen, wenn sie lesen, rechnen und schreiben können, wenn sie mit den elementarsten Fächern einigermaßen bekannt seien, so sei das für das spätere Leben vollauf genug. Ich bin in der Beziehung anderer Ansicht, ich bin der Meinung, daß in bezug auf die Bildung für die breiten Massen des Volkes das Beste gerade gut genug ist. Wenn wir heute sehen, wie gerade in den untersten Schichten des Volkes sich ein sehr großer Bildungshunger breitmacht, so können wir das nur mit Freuden begrüßen, denn das ist ein Beweis dafür, daß das Volk sich regt, daß es nach aufwärts strebt, und daß man es zu etwas bringen will. Des weiteren wird wohl nicht bestritten werden, daß das, was der einzelne hier leistet, nicht bloß ihm selbst sondern auch der Gesamtheit zu gute kommt. Ich habe schon bei einer früheren Gelegenheit, bei der Finanzdebatte hervorgehoben, daß eine gute Schulpolitik

auch gleichzeitig eine gute Finanzpolitik ist, und daß, wenn man an der Schule spart, am falschen Fleck gespart wird, und daß das wieder dem Staate schwere Nachteile bringt. So, wie die Dinge heute in unserem wirtschaftlichen Leben sind, werden an den einzelnen immer größere Anforderungen in bezug auf Wissen und in bezug auf Können gestellt, und die tiefgreifenden Umgestaltungen und Umwälzungen, die wir auf wirtschaftlichem Gebiete erleben, machen es notwendig, daß der einzelne mit einem guten Wissen, mit einem guten Können ausgerüstet wird, damit er in diesem schweren Konkurrenzkampfe, wie er heute überall besteht, auch mit Erfolg sich durchkämpfen kann.

Das, was ich eben gesagt habe, gilt nicht bloß für solche, die im Staatsdienst und im Dienst der Gemeinde als Beamte tätig sind, das gilt nicht bloß für den Handwerker, für den Industriellen, das gilt ganz genau so für den Arbeiter, wie auch für den Landwirt. Heute ist der Landwirt von den Weltmarktverhältnissen abhängig, das war früher nicht der Fall, und er muß infolgedessen auch etwas von diesen Dingen verstehen, er muß wissen, was da vorgeht, und er braucht dazu ein gewisses Maß von Kenntnissen, um sich in alle die komplizierten wirtschaftlichen Fragen mit einigem Verständnis hineinarbeiten zu können, die heute infolge der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse überall auftauchen. Wenn vor einigen Tagen der Herr Abg. Rödel eine bewegte Klage darüber angestimmt hat, daß seine Bemühungen, die jungen Söhne der Landwirte in seiner Heimatgemeinde zu veranlassen, die landwirtschaftliche Schule in dem nahegelegenen Offenburg zu besuchen, von verhältnismäßig geringem Erfolge waren, so ist das auch ein bedauerliches Zeichen dafür, daß eben die Bedeutung dieser allgemeinen Bildung, die man heute notwendig hat, noch nicht in allen Kreisen genügend gewürdigt wird. Mit den gewöhnlichen Fachkenntnissen, wie sie der Urogroßvater mit Erfolg sich angeeignet hat, kommt man heutzutage nicht mehr zurecht, auch in der Landwirtschaft nicht mehr; gerade in der Landwirtschaft nicht, die unter diesen kolossalen wirtschaftlichen Umwälzungen auf das schwerste zu leiden hatte, muß man auf dem Laufenden bleiben, und man muß sehr Leichtes leisten können, um erfolgreich im Konkurrenzkampfe auftreten zu können.

Es ist auch kein Zufall, wenn auch sonst da und dort Klagen darüber auftauchen, daß der Erfolg der Fachbildung nicht derjenige sei, wie er wünschenswert wäre. Da bin ich der Meinung, daß es an einer guten Unterlage für die Fachschulbildung fehlt, und daß auch der tüchtigste Fachschullehrer nicht das günstige Resultat erzielen kann, das er zweifellos erzielen würde, wenn er es mit Leuten zu tun hätte, die eine gute qualifizierte Volksschulbildung genossen haben. Fachschulbildung und Volksschulbildung hängen auf das engste zusammen, und je weiter man in der Volksschulbildung im allgemeinen zurückbleibt, desto schwerer wird ein Erfolg in der Fachschulbildung zu erreichen sein.

Nun spricht man heutzutage allerdings oft von einem Bildungsdefizit, der sich da und dort breit macht, und ich will zugeben, daß ein solcher manchmal vorhanden ist. Wenn man aber meint, der Handwerker sei vom Bildungsbüffel befallen, wenn er eine gute Mittelschulbildung sich aneignen will, so ist das eine ganz falsche Auffassung. Ich bin der Meinung, daß ein tüchtiger Handwerker heute viel notwendiger eine Mittelschulbildung braucht als vielleicht mancher mittlere Beamte, für den die Mittelschulbildung manchmal, je nachdem er einen Posten bekleidet, eigentlich nur eine Vorchrift, aber keine ab-

solute Notwendigkeit ist. Dagegen ist für den Handwerker, der mit anderen konkurrieren, der etwas Leichtes leisten und vorwärts kommen will, eine gute Schulbildung eine absolute Notwendigkeit, ohne die er im Konkurrenzkampfe heute nicht mehr bestehen kann.

Wenn man heute vielleicht viele untätige Elemente vorfindet, so dürfen wir nicht vergessen, daß diese Leute nicht nur für sich selbst untätig sind, sondern auch für die Gesamtheit, und das ist genau so wichtig wie der umgekehrte Fall, daß der einzelne, wenn er für sich tüchtig ist, auch für die Gesamtheit tüchtig ist.

Die Ausbildung in unseren Volksschulen soll ebenso wie bei den Mittel- und Hochschulen eine möglichst harmonische Ausbildung sein, d. h. es soll nicht bloß darauf Bedacht genommen werden, daß Verstand und Wissen zu ihrem Rechte kommen, sondern auch auf das Gemüt des heranwachsenden Menschen. Dazu gehört verschiedenes, vor allem ein tüchtiger Lehrer, der es versteht, die Kinder in der richtigen Weise zu behandeln, der selbst Lebenserfahrung hat, der von dem hohen Ideal seines Berufes, den er ergriffen hat, voll und ganz überzeugt ist. Dazu gehören aber auch noch verschiedene andere Faktoren. Ein Faktor, der bei dieser Erziehungsarbeit eine ganz erhebliche Rolle spielt, ist die äußere Umgebung bei den Schülkinder, und da muß ich schon sagen, es ist in den letzten Jahren in bezug auf die äußere und die innere Gestaltung unserer Schulhausbauten sehr viel geschehen. Wenn wir unsere alten Schulhausbauten betrachten, so sehen wir, daß die Architekten sehr wenig künstlerisches geleistet haben, und gar die Inneneinrichtung läßt einen kalt und kühl. Wer aber in der Volksschule war, und wer gerade in einem solchen kalten und kühlen Raum seine Jahre verbracht hat, der weiß, wie ganz anders es auf das Gemüt des Kindes einwirkt, wenn diese Umgebung etwas künstlerischer ist. Wir können heute mit ganz wenigen und geringen Mitteln in der Beziehung recht gute Erfolge erzielen. In der Architektur kann man auch mit einem ganz einfachen Stil edle Wirkungen hervorbringen, und auch bei der Inneneinrichtung kann mit ganz geringen Mitteln Gutes geleistet werden. Ich darf da nur an die künstlerischen Lithographien erinnern, bei denen unser badischer Künstlerbund sich so sehr hervorgetan hat. Diese kleinen, schlichten und schönen Bilder wirken auf das kindliche Gemüt ganz zweifellos in sehr erzieherischer Weise ein. Wenn in der Beziehung noch etwas mehr geschieht, namentlich auch draußen auf dem Lande, so wird das ganz zweifellos zu begrüßen sein.

Allerdings müssen die Erziehung in der Volksschule und die erzieherische Aufgabe des Volksschulwezens schwer not leiden, wenn die Klassen, wie das heute vielfach der Fall ist, überfüllt sind, wenn auf einen Lehrer mehr als 70 und 80 Schulkinder entfallen. Gerade bei der erzieherischen Aufgabe ist es für den Lehrer notwendig, daß er sich in die Individualität des einzelnen Kindes vertieft, daß er das Gemüt und das Innenleben des Kindes kennt, es verstehen lernt und dementsprechend auch zu beeinflussen versucht. Wenn er aber so viele Kinder zu unterrichten hat, so ist es ganz unmöglich, in der Richtung seine Arbeit mit besonderem Erfolg zu vollbringen. Es wird da nichts anderes übrig bleiben als eine handwerksmäßige Arbeit, die aber im Unterrichtswezen wahrhaftig nichts taugt. Deshalb meine ich, hätten wir alles Interesse daran, diese Mißstände, wie sie heute noch zum Teil vorhanden sind, so schnell wie möglich zu beseitigen, und wir dürfen mit den Mitteln, die dazu notwendig sind, nicht targen.

Wir haben ja allerdings versucht, das Gesetz, wie es im Jahre 1906 gestaltet worden ist, insofern wenigstens zur Durchführung zu bringen, als dort, wo die nötigen Schullokaltäten nicht vorhanden sind, Kombinationsklassen gebildet werden können, um wenigstens die erweiterte Unterrichtszeit in Anwendung zu bringen. Die kombinierte Klasse ist gewiß ein vorübergehendes Mittel, das helfen kann, aber dauernd auf eine längere Zeit hinaus möchte ich die Anwendung dieses Mittels nicht empfehlen. Wenn man die Lehrer über die Erfolge dieses Kombinationsklassenunterrichts hört, so sind die Urteile doch sehr abfällig. Es ist das auch ohne weiteres zu verstehen. Wenn da zwei oder noch mehr Klassen beieinander sitzen und in der Woche vielleicht vier Stunden miteinander Unterricht haben, und wenn die Zahl der Schüler schon an und für sich eine unverhältnismäßig große ist, so kann nicht viel dabei herauskommen. Daß wir zu einem solchen Aus Hilfsmittel greifen mußten, zeigt, daß wir viel zu lange damit gewartet haben, eine notwendige gründliche Reform in unserem Volksschulwesen vorzunehmen.

Die Klagen, die auf dem letzten Landtag über die Erweiterung der Unterrichtszeit vorgebracht worden sind, scheinen ja mittlerweile verschwunden zu sein. Es ist ja ohne weiteres erklärlich, wenn zunächst solche Klagen laut geworden sind; denn wenn solche durchgreifende Änderungen vorgenommen werden, nachdem sich der andere Zustand Jahrzehntelang dahin geschleppt hat, so wird das immer dazu führen, daß die Leute sich nicht gleich daran gewöhnen können, es werden Klagen laut. Aber ich meine, gerade die Leute draußen auf dem Lande, von denen diese Klagen in der Hauptsache gekommen sind, sollten davon abgehen, die Unterrichtszeit, die 20 Stunden in der Woche beträgt, da und dort als zu lange zu empfinden. Ich meine, eine Unterrichtszeit von 20 Stunden in der Woche ist eigentlich das Minimum dessen, was man heute an Unterrichtszeit notwendig hat, wenn man die Leute zu einigermaßen tüchtigen Staatsbürgern und Menschen heranbilden will. Wir können ja selbstverständlich an der Volksschule nicht den Lehrplan der Mittelschule einführen; aber wir können trotz alledem in der Volksschule bedeutend mehr leisten und sollten mehr leisten, als im allgemeinen bei uns in Baden heute geleistet wird.

In der Kommission hat sich der Herr Oberschulratsdirektor außerordentlich günstig über die Erfolge der sog. Bürger schulen ausgesprochen, dieser, wenn man so sagen darf, gehobenen Volksschulen, die man nur in Städten hat. Ich persönlich aber bin der Meinung, das, was in unseren Bürger schulen heute geleistet wird, müßte eigentlich von rechts wegen in der Volksschule geleistet werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten!), das müßte die Volksschule sein. Man hat Staaten, wo die Volksschule auf diesem Niveau steht. Ich erinnere nur an Dänemark und an die Schweiz, die Elementarschule in der Schweiz steht ganz zweifellos auf der Höhe, auf der unsere städtische Bürger schulen heute stehen. Ich selbst habe einige Jahre in einer solchen Bürger schule zugebracht, und ich muß sagen, ich habe nie verstanden, warum man das, was man dort den Schülern — ich bin früher selber in die gewöhnliche Volksschule gegangen — beigebracht hat, nicht schon in der Volksschule geleistet hat. Ich sehe nicht ein, warum das nicht genau in der Volksschule gemacht werden kann.

Ich habe vorhin auf die wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen. Es wird hiermit immer schlimmer werden,

d. h. es werden an den einzelnen immer größere Anforderungen gestellt werden. Durch die Erfindungen der Technik, durch die Umwälzungen auf dem Weltmarkt, durch die verschiedenen Beziehungen der verschiedenen Völker zu einander, werden an den einzelnen immer größere Anforderungen gestellt werden, und das geht bis in die untersten Schichten des Volkes herunter. Ich muß sagen, ich kann mir auch nicht den Zustand vorstellen, daß ein Mensch, der eine etwas bessere Bildung genossen hat, etwa keine Freude mehr haben sollte, wenn er als Handwerker oder als Arbeiter oder als Bauernknecht tätig ist. Im Gegenteil, ich bin der Meinung: Je mehr Allgemeinbildung man hat, desto lieber arbeitet man, denn man hat dann doch etwas von seinem Leben. Leute, die über einen geistigen Inhalt verfügen, die das Leben von einer ganz anderen und schöneren Seite betrachten, haben ganz zweifellos viel mehr Lust und Liebe zur Arbeit als solche, die nur arbeiten, essen und schlafen, die überhaupt keinen richtigen schönen Lebensgenuss kennen. Deshalb sollten wir dafür sorgen, und die Regierung sollte an den Mitteln, die dazu notwendig sind, nicht sparen, daß unsere Volksschule auf eine Höhe kommt, von der wir sagen können: Die heranwachsende Generation wird, wenn sie diesen Unterricht genossen hat, auch den schwierigsten Aufgaben, die im Lebenskampf an den einzelnen Mann aus den untersten Schichten des Volkes herantreten, gewachsen sein.

Heute liegen die Dinge so, daß der einzelne, und zwar jeder Arbeiter, und wenn er auch die geringste Arbeit verrichten muß, im allgemeinen dazu gedrängt wird, Qualitätsarbeit zu liefern. Das ist das Produkt, das heute auf dem Weltmarkt eine Rolle spielt. Jede Nation, jeder Geschäftsmann ist heutzutage gezwungen, Qualitätsware zu liefern und zu möglichst billigen Preisen zu liefern. Um solchen Anforderungen gerecht zu werden, dazu bedarf es auch eines Qualitätsmenschensmaterials, das man sich eben nur erziehen kann, wenn man eine gute Volksschule hat.

Es wird behauptet, daß in bezug auf die Erziehung früher mehr geschehen sei, daß die heutige Volksschule auf erzieherischem Gebiet das nicht mehr leiste, was früher geleistet worden sei, und daß infolgedessen die Rohheit überhand genommen habe, eine größere sei, wenigstens als es früher der Fall war. Ich kann mich diesem Urteil nicht anschließen. So sehr man auch heute sich darüber einig ist, daß die Rohheitsdelikte sehr zahlreich sind, zahlreicher im Verhältnis zu früher sind sie nach meinem Dafürhalten nicht. Im ganzen sind die Menschen besser geworden und nicht schlechter (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und unsere Volksschule leistet in dieser Beziehung nicht weniger als früher. Man muß auch bedenken, daß die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ganz anders sind als früher, daß die Menschen auch in dieser Beziehung viel größeren Gefahren ausgesetzt sind, als das früher der Fall war. Aber es kann noch mehr geleistet werden, nur müssen die Verhältnisse entsprechend umgestaltet werden. So wie sie augenblicklich liegen, kann man den Volksschullehrern eine größere erzieherische Aufgabe sehr oft nicht zumuten, weil sie nicht in der Lage sind, sie zu erfüllen.

Zum Schluß noch einige Spezialwünsche, die zum Teil schon früher vorgebracht worden sind, zum Teil mir auch erst in den letzten Tagen bekannt geworden sind. Es wurde schon früher hier in diesem Hause der Wunsch laut, man solle mehr Kreis schulräte anstellen, weil das eine Notwendigkeit sei, wenn man eine gründliche Visitation unserer Volksschulen, wie sie zweckdienlich ist,

durchführen will. Ich kann mich diesem Wunsche nur anschließen und möchte die Großh. Regierung bitten, wenn irgend möglich diesem Wunsche auch Rechnung zu tragen.

Dann ist mir in den letzten Tagen eine Klage zugegangen, daß die Lehrer jüdischer Konfession in bezug auf die etatmäßige Anstellung sehr schlecht gestellt sind, daß es oft unerbildlich lange dauert, bis diese Lehrer jüdischer Konfession zu etatmäßiger Anstellung gelangen können; teilweise soll es 10 und 12 und noch mehr Jahre dauern, bis sie dieses Ziel erreichen können. Ich bin nicht Sachmann genug, um untersuchen zu können, woran hier der Fehler liegt. Ich bin aber der Meinung, daß der Wunsch durchaus gerechtfertigt ist, der mir hier vorgetragen wurde, daß man auf irgend eine Weise dafür sorgen möchte, daß die Lehrer, die nun einmal Israeliten sind und sich dem Lehrerberuf gewidmet haben, auch in einer entsprechend kürzeren Zeit eine etatmäßige Anstellung erlangen können.

Wir werden in den nächsten Wochen eine neue Novelle zu unserem Elementarunterrichtsgesetz erhalten, in der wiederum verschiedene Änderungen zum Wohle und zum Fortschritt unserer Volksschule durchgeführt werden sollen. Über den Inhalt dieser Volksschulnovelle wissen wir heute näheres noch nicht, wir wollen aber hoffen, daß diese Novelle so gestaltet ist, daß wir wiederum einen Schritt vorwärts auf diesem so wichtigen Gebiete kommen. Ich habe schon vorhin gesagt: Es sind hier früher sehr viele Veräumnisse vorgekommen, die jetzt nach und nach wieder gut gemacht werden müssen und die ganz erhebliche Mittel erfordern. Aber ich bin der festen Überzeugung, und ich glaube, das ganze Hohe Haus steht mit auf dem Standpunkt, den ich einnehme, daß die Mittel, die wir für die Volksschule ausgeben, sehr reichliche Zinsen tragen, wenn auch nicht in direkter, so doch in indirekter Weise. Je höher das Kulturniveau ist, auf dem die breiten Massen unseres Volkes stehen, desto besser ist die Garantie und die Gewähr dafür, daß wir in unserer Volkswohlfahrt vorwärts kommen, und deshalb kann ich zum Schluß nur den Wunsch ausdrücken: Möge unsere Volksschule in der Zukunft zum Volkswohl blühen und gedeihen! (Beifall.)

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort

Abg. **Wiedemann-Bruchsal** (Zentr.): Als Angehöriger des Volksschullehrerstandes erlaube ich mir bei der heutigen Debatte auch einige Ausführungen zu machen. Ich will nicht auf die zu erwartende Novelle zum Elementarunterrichtsgesetz eingehen, ich hoffe nur, daß sie dem Hohen Hause bald vorgelegt wird und dann in diesem gründliche u. wohlwollende Behandlung erfährt. Nur eine Bitte möchte ich heute in dieser Hinsicht aussprechen, daß man bei der Revision des Gesetzes das Wort „Elementarunterrichtsgesetz“ ersetzt durch das Wort „Volksschulgesetz“. Diese Bezeichnung ist, glaube ich, gut deutsch und viel passender, sie ist in anderen Bundesstaaten eingeführt worden; warum sollte das auch nicht in Baden möglich sein? Und da wir heute doch im Zeichen der Sparsamkeit leben, so muß ich sagen, auch in dieser Hinsicht würde das Wort „Volksschulgesetz“, das zehn Buchstaben weniger hat als das lange Wort „Elementarunterrichtsgesetz“, gut passen.

Recht erfreulich ist es, daß die Großh. Regierung in dem vorliegenden Budget eine Vermehrung der Hauptlehrerstellen vorsieht und daß, worauf

auch der Herr Berichterstatter bereits hingewiesen hat, der Staatsbeitrag für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten für die beiden Budgetjahre auf 600 000 M. festgesetzt ist. Diese beiden erfreulichen Erscheinungen werden gewiß dazu beitragen, daß der § 14 des Elementarunterrichtsgesetzes, der bestimmt, daß auf einen Lehrer durchschnittlich höchstens 70 Schüler entfallen sollen, auch endlich praktisch zur Durchführung gebracht werden kann. Nur wenn dem Lehrer keine zu starke Schülerzahl überwiesen wird, wird er imstande sein, in unterrichtlicher und erzieherischer Hinsicht das zu leisten, was man von ihm, was man von der Volksschule verlangt.

Ein Vorteil der Einzelziehung, der ich sonst absolut nicht das Wort reden möchte, ist gerade der, daß der Lehrer in der Lage ist, den einzelnen Schüler individuell zu behandeln. Wenn aber der Lehrer eine Schülerzahl von 60, 70 und bei kombinierten Klassen vielleicht noch mehr beisammen hat, ist er nicht imstande, auf den Schüler individuell einzuwirken. Denn jeder Schüler hat ein anderes Temperament und ist anders veranlagt, das weiß jeder Familienvater, der eine zahlreiche Familie hat. Wenn der Lehrer eine kleinere Schülerzahl zu unterrichten hat, wird er mehr individuell arbeiten können. Sonst aber bietet die Massenerziehung unschätzbare Vorteile, indem sie den Menschen, der doch in der Gesellschaft leben soll, auch in der Gesellschaft erzieht. Ich möchte wünschen, daß in dieser Hinsicht, was die Errichtung weiterer Hauptlehrerstellen und was die reichliche Dotierung zum Zwecke der Schulhausbauten betrifft, rüstig weitergeschritten wird, und ich glaube, daß etwaige Mehrforderungen hierfür von dem Hohen Hause anstandslos genehmigt werden; denn wir haben gesehen, daß im Hochschulwesen und Mittelschulwesen alle Anforderungen stets gerne zur Verfügung gestellt wurden.

Die Verhältniszahl der nichtetatmäßigen Lehrer zu den etatmäßigen Lehrern ist noch immer eine sehr ungünstige. Ich weiß wohl, daß diese Zahl abhängt von der Zahl der Schulklassen und von der Zahl der Dienstwohnungen. Wir müssen eben heute noch darunter leiden, daß für unsere Volksschule viele Jahre lang — das kann man ruhig sagen — fast nichts geschehen ist. Es geht uns jetzt mit unserer Volksschule, wie es jenem Hausbesitzer gegangen ist, der es unterlassen hatte, bei Zeit einen schadhaft gewordenen Ziegel auf seinem Dach zu erneuern, und der dann später große Aufwendungen machen mußte, nur um sein Gebäude vor dem Zusammensturz zu retten.

Bei der Debatte über das Mittelschulwesen habe ich mir gestattet, auf die Vorbildung der Lehrer an den Seminaren hinzuweisen. Ebenso wichtig wie die Vorbildung der Lehrer ist aber auch die Weiterbildung der Lehrer. Mit dieser befaßt sich eine im Jahre 1870 erschienene Verordnung des Großh. Oberschulrates, die aber jetzt, nach 40jährigem Bestehen, einer Reform dringend bedarf. Vielleicht wäre es möglich, die Weiterbildung ähnlich zu regeln, wie es bezüglich der Fortbildung der Lehramtspraktikanten geschehen ist. Was die hier geforderten Semestralarbeiten betrifft, so ist gegen die Anfertigung solcher schriftlichen Arbeiten ganz gewiß nichts einzuwenden. Zu bedenken ist dabei jedoch, daß die Durchsicht dieser Semestralarbeiten eine schwere Arbeit für die Kreisräte ist, und ich glaube, daß hier eine Abhilfe geschaffen werden muß. Mir scheinen übrigens die Thematata, die von manchen Kreisräten gegeben werden, oft nicht ganz zweckmäßig zu sein und ganz gewiß nicht der eigentlichen Fortbildung der Lehrer zu entsprechen. Was sagt die

Oberschulbehörde dazu, wenn einmal die Aufgabe gestellt wird: Kritische Besprechung des Buches „Weg zur Kraft“ von Scharrelmann? Scharrelmann ist einer der extremsten Vertreter der modernen Pädagogik und selbstverständlich dem Christentum feindlich gesinnt. Er war Lehrer in Hamburg und wurde wegen Nichterhaltens des Lehrplanes mit einer hohen Geldstrafe belegt, er ist jetzt aus dem Hamburger Schuldienste ausgetreten. Seine Ideen sind in dem genannten Buche niedergelegt. Zu einer kritischen Besprechung dieses Buches gehört eine gewisse pädagogische Reife und auch eine Erfahrung auf dem Gebiete des Schulwesens. Wenn man nun jungen Lehrern von 19 bis 23 Jahren die Aufgabe stellt, über dieses Buch eine Kritik zu schreiben, so werden sie wahrscheinlich das Buch loben, weil es neu ist, aber ihre Ideen werden dabei entschieden verwirrt, und das zum Schaden der Schule. Jedenfalls ist es nicht am Platze, daß man von Amtswegen ein solches Buch gleichsam den Lehrern aufdrängt. Ich glaube, es ließen sich aus dem Gebiete der Unterrichtspraxis viel zweckmäßigere Aufgaben stellen.

Auf die amtlichen Konferenzen will ich nicht eingehen. Ich wünsche eine gründliche Reform auch dieser Angelegenheit.

Auch bezüglich des Lehrerlesevereins möchte ich keine weiteren Ausführungen machen. Ich möchte wünschen, daß diese Einrichtung beseitigt wird. Schon vor zwei Jahren habe ich gesagt, daß manchmal aus den Beiträgen für den Lehrerleseverein Lehrerkalender angekauft werden. Vor einiger Zeit habe ich erfahren, daß man mit diesen Lesevereinsbeiträgen sogar Musikstücke anschafft. Ich glaube, man sollte es den Lehrern selbst überlassen, ihre Bibliothek zu ergänzen, wie sie wollen.

Eine Verordnung des Ministeriums vom Jahre 1885 regelt die Dienstprüfung. Diese ist nicht das, was sie sein soll, nicht das, was ihr Name sagt. Wir haben heute in allen Schulen des ganzen Landes den Unterrichtsplan für die erweiterte Volksschule, es ist daher nicht mehr notwendig, daß wir zweierlei Prüfungen haben, eine Prüfung für einfache Volksschulen und eine für erweiterte Volksschulen. Man richte nur eine Dienstprüfung ein, die Städteordnungs-Städte werden sich dann schon die besten Lehrkräfte aussuchen. Die Dienstprüfungskommission sollte aus Seminarlehrern bestehen, die von verschiedenen Seminaren zusammenberufen werden, und sollte im Jahre zweimal zusammentreten. Es ist früher wiederholt behauptet worden, und es wird wohl auch richtig sein, daß in den verschiedenen Seminaren die Dienstprüfung sehr verschieden gehandhabt wurde; an einem Seminar war die Dienstprüfung sehr leicht, an anderen sehr schwierig. Ich glaube, dieser Mißstand wird beseitigt werden, wenn wir eine gemeinschaftliche Dienstprüfungskommission haben werden.

Der neue Unterrichtsplan ist vor drei Jahren in Kraft getreten. Wir haben uns auf dem letzten Landtage über denselben ziemlich lange unterhalten. Es wurde damals gesagt, daß er ein Maximallehrplan sei und im Gegensatz stände zu dem früheren Minimallehrplan. Unser älterer Lehrplan war vom Jahre 1839. Im früheren Normallehrplan war bestimmt, daß für die erweiterte Volksschule das oder jenes noch zugefügt werden könnte. Im neuen Lehrplan wird nun bestimmt, daß bei weniger günstigen Schulverhältnissen der oder jener Unterrichtsstoff ausgeschlossen werden kann. Ich glaube, der alte Weg war der bessere; die Württemberger haben, soviel ich weiß, auch einen Minimallehrplan, der es gestattet, je nach den Verhältnissen das oder jenes

Unterrichtsfach zu erweitern. Also, wie gesagt, jetzt haben wir für das ganze Land den gleichen Lehrplan. Ich halte diese Reform für keine ganz glückliche und wünsche, daß der Unterrichtsplan bald einer Korrektur unterworfen wird. Die übereilte Einführung des Unterrichtsplanes hat da und dort, besonders auf dem Schwarzwald, zu verschiedenen Mißständen geführt. Wie ich aber gehört habe, wurden durch Entgegenkommen der Großh. Regierung verschiedene dieser Mißstände beseitigt. Der Herr Berichterstatter hat auch darauf hingewiesen, daß die Stimmen, die sich damals gegen den neuen Unterrichtsplan erhoben haben, größtenteils verstummt seien.

Um dem neuen Lehrplan gerecht zu werden, mußte man zu verschiedenen Hilfsmitteln greifen, nämlich zu Überstunden und zu Kombinationsunterricht. Ob mit diesen Hilfsmitteln wirklich erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, möchte fast angezweifelt werden. Auf der einen Seite sind manche Lehrer so erheblich überlastet, daß sie oft 38 und noch mehr Unterrichtsstunden zu erteilen haben, so daß von einem erfolgreichen Unterrichte jedenfalls keine Rede sein kann. Man muß auch bedenken, daß die Lehrer neben dem Unterrichte noch sehr viele Zeit aufwenden müssen für Korrektur, Vorbereitung usw.

Der Kombinationsunterricht, von dem schon vorhin der Herr Berichterstatter gesprochen hat, hat auch mancherorts zu großen Mißständen geführt. Er hat dazu geführt, daß manche Lehrer nachmittags keinen oder nur wenig Unterricht zu erteilen haben, andere Lehrer aber kaum Zeit zum Mittagessen haben. Das ist doch kein Fortschritt; die einen sind belastet, die anderen sind entlastet. Wenn der Lehrer gleichzeitig zwei Klassen unterrichten soll, wenn er die eine schriftlich, die andere mündlich beschäftigen soll, so ist das eine ganz schwierige Arbeit. Wenn der Lehrer nicht imstande ist, eine Kontrolle der schriftlichen Arbeit vorzunehmen — diese muß aber vorgenommen werden, andernfalls ist kein Resultat zu erzielen —, dann kommt bei diesem Kombinationsunterricht jedenfalls nicht das heraus, was man sich von ihm verspricht. Wenn Kombinationsunterricht eingeführt wird, um im Sommer an Nachmittagen frei zu geben, so ist dagegen nichts zu sagen. Wenn aber die Kombination so erfolgt, daß ein Lehrer ununterbrochen von 7 Uhr bis 1 Uhr unterrichtet, also 6 Stunden hintereinander, und wenn dann einzelne Schüler von 7 bis 12 Uhr, also 5 Stunden hintereinander, Unterricht haben, so ist das gewiß zu viel (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). In der letzten Stunde kommt da ganz gewiß nicht mehr viel heraus, da, wie jeder Schulmann weiß, in der letzten Stunde sowohl die Kinder als auch der Lehrer abgepannt sind. Von den zuletzt erwähnten Mißständen habe ich in öffentlichen Blättern gelesen. Sie herrschen nun aber nicht droben auf dem Schwarzwald oder am badischen Nordpol, sondern an einem Ort, der schon sehr viel für Lehrer und Schulen getan hat, an einem Ort, der für die wirtschaftliche Besserstellung der Lehrer wirklich bahnbrechend und vorbildlich voranging.

Für den Fall, daß es je zur Änderung unseres Unterrichtsplanes kommt, möchte ich noch einen Wunsch aussprechen. Er bezieht sich auf die Bestimmungen in den §§ 158 bis 162 und geht dahin, man möge den theoretischen Gesangsunterricht auf das absolut notwendigste Maß beschränken. Wozu soll sich ein Lehrer in der Volksschule noch herumquälen, um den Kindern einen Begriff von Durtonart oder vom drei Viertel- oder sechs Achteltakt beibringen? Ich glaube, die beiden letzter-

Laktarten können die jungen Leute später beim Tanzen noch erlernen. Ich bin ein großer Freund des Gesangsunterrichts. Aber ich muß doch sagen, daß wir die Kinder keineswegs dahin bringen werden, daß sie vom Blatt fingen; wer nicht systematisch Musik betreibt, wer kein Musikinstrument erlernt, wird nicht dazu zu bringen sein, wieder vom Blatte zu fingen. Man sollte unseren Unterrichtsplan nicht mit solchen unnötigen Sachen beschweren, er ist sonst beschwert genug.

Wir leiden in der Volksschule ohnehin schon darunter, daß wir unsern Kindern viererlei Schriften beibringen müssen, die deutsche und die lateinische Schreib- und Druckschrift. Darauf muß sehr viel Zeit verwendet werden. Es liegt aber dem Hohen Hause eine Petition auf Einführung der sogen. Kurrent- oder Lateinschrift vor, es wird also später einmal Gelegenheit sein, sich über diese Frage gründlich auszusprechen. Ich kann nur sagen, daß ich dieser Anregung sehr sympathisch gegenüberstehe. Natürlich läßt sich eine Änderung in dieser Beziehung nicht von heute auf morgen einführen. Aber für die Volksschule wäre das eine sehr große Erleichterung.

Wünschenswert wäre es, wenn in unserem Volksschulbetrieb mehr Ruhe und mehr Stetigkeit eintreten würde. Es sollte nicht so viel probiert und nicht so viel umgedebelt werden (Abg. Dr. Schöfer: Sehr richtig!). Das geschieht nicht bloß auf dem Lande, das geschieht auch in den Städten, vielleicht in weit höherem Maße. Dadurch werden aber Schule und Haus von einander getrennt und die Eltern wissen gar nicht mehr, wie sie den Kindern beistehen sollen. So schwindet dann bei den Eltern allmählich auch das Interesse an der Schule. Jeder Kreisrat hat natürlich seine eigenen Ansichten. Das ist ihm auch nicht übel zu nehmen. Aber wenn in einem Bezirk innerhalb 30 Jahren siebenmal der Kreisrat wechselt und wenn dann jeder Kreisrat den Lehrern seine eigenen Ideen vorschreiben will, so ist das doch manchmal zuviel. Mir sagte ein Lehrer, daß er die Tafel nun schon viermal gedreht habe, einmal nach der Rängsseite, das andere Mal wieder nach der Breitseite usw.

In der Debatte über das Mittelschulwesen wurde auch auf unser Volksschullesebuch hingewiesen. Ich bin recht erfreut, daß der Herr Oberschulratsdirektor mitteilen konnte, daß in der Volksschullesebuchkommission tüchtig gearbeitet wird. Er hat gesagt: „Wir haben jetzt eine Kommission von arbeitsfreudigen und außerordentlich tüchtigen Männern.“ Ich hoffe, daß das Lesebuch bald in die Hand der Schule gelangt und daß man nicht so lange dazu braucht, wie man vielleicht für das Bürgerliche Gesetzbuch gebraucht hat.

Gewundert hat mich, daß der Herr Kollege Benedy die Frage der Mitgliedschaft dieser Lesebuchkommission angeschnitten hat. Er hat dabei auf einen Mann hingewiesen, der Vorstand des katholischen Lehrervereines ist, und er hat geglaubt, aus Gründen der Parität hätte man auch den Vorstand des allgemeinen badischen Lehrervereines einberufen sollen. Ich glaube, die Oberschulbehörde hat hier den richtigen Standpunkt vertreten. Der betreffende Mann wurde lediglich in die Kommission berufen, weil er ein Schriftsteller, nicht aber weil er Vorstand eines Lehrervereines ist.

In der 15. Sitzung anlässlich der Finanzdebatte hat der Herr Abg. Kolb gesagt: „Wenn heute noch ein tüchtiger Arbeiterstand vorhanden ist, so verdanken wir das vor allem den Leistungen der Städte auf dem Gebiete des Volksschulwesens.“ Das ist ja vollständig

richtig, die Städte haben viel getan. Er sagt aber weiter: „Wenn wir uns darauf hätten verlassen müssen, was uns das flache Land an gutem Menschenmaterial liefert, dann wären wir wohl sehr übel gestellt.“ Gegen diesen Satz erhob sich Widerspruch beim Zentrum und vollständig mit Recht. Der Herr Abg. Kolb sagte dann weiter: „Zunächst, ich habe den Mut zu behaupten, daß unsere Landschule in gar keiner Weise ihrer Aufgabe gewachsen ist.“ Diesen letzteren Satz muß ich ganz entschieden bestreiten. Unsere Landschule leistet auch Gutes, sie leistet manchmal noch Besseres als die Stadtschule (Abg. Kolb: Für Sie!). Das wird auch die Oberschulbehörde zugeben können, das werden die Prüfungsbeurtheiler ganz gewiß ergeben. Sehen Sie nach, was unser früherer Kollege im Landtag, Herr Hofrat Weggoldt, sagt in seinem Lehrplan für Volksschule auf Seite 72: „Man nimmt gewöhnlich an, daß unsere kleinsten Schulen auch die geringsten seien. Nichts ist irriger als dies. Es gibt im Schwarzwald und Odenwald manche Schulen mit nur einem Lehrer, die sich mit mancher erweiterten messen können“ (Zustimmung im Zentrum). Ich glaube, der Herr Kollege Weggoldt war ein ausgezeichnete Kenner des Volksschulwesens, und wenn er ein solches Urteil fällt, dann dürfen wir gewiß überzeugt sein, daß es wahr ist.

Dieser Gedanke, daß unsere Landschule so rückständig sei, spielte auch bei der Wahlbewegung im Spätjahr eine ganz hervorragende Rolle. In vielen sozialdemokratischen Flugblättern wurde gesagt, unsere Volksschule sei noch immer eine der rückständigsten in ganz Deutschland. In ähnlichem Sinn hat man sich auch in Dortmund ausgesprochen. Ich weiß aus ganz bestimmten Quellen, daß man seitdem unser Schulwesen mit einer wegwerfenden Geringschätzung beurteilt und zwar in Staaten, die noch die siebenjährige Schulpflicht haben und deren Schulen sich mit unseren Landschulen in vieler Beziehung gar nicht messen können.

Ich möchte noch einiges über die Fortbildungsschule ausführen. Ich war viele Jahre an der Fortbildungsschule tätig. Nach meiner Erfahrung entsprechen die Resultate an unserer Fortbildungsschule nicht der aufgewendeten Mühe und Zeit. Es sind verschiedene Ursachen, welche die Resultate ungünstig beeinträchtigen. Zuerst ist zu sagen, daß die Unterrichtszeit von zwei Stunden in der Woche zu gering ist. Der Lehrer soll in diesen zwei Stunden Lesen, Rechnen, Buchführung, landwirtschaftliche Buchführung usw. vornehmen, er soll Gesetzkunde treiben usw. Ich glaube, wenn die Unterrichtszeit erweitert würde, könnte auch mehr geleistet werden. Eine zweite Ursache ist die, daß wir, abgesehen von dem Lesebuch, eigentlich noch sehr wenig Literatur für das Fortbildungsschulwesen besitzen. Eine Fortbildungsschule soll doch nicht lediglich eine Wiederholung der Unterrichtsfächer des 7. bis 8. Schuljahres sein. Dann sollte der Lehrer auch richtig vorbereitet sein. Überhaupt müssen an die Fortbildungsschule ältere Lehrer berufen werden, die eine große reiche Erfahrung hinter sich haben. Ich möchte der Großen Regierung den Vorschlag machen, sie möge einmal Unterrichtskurse für Lehrer an Fortbildungsschulen abhalten, ebenso wie man auch alljährlich Unterrichtskurse im Zeichnen, Turnen, für Spiele, Hochschulkurse, für die gewerblichen Fortbildungsschulen usw. abhält. Ich glaube, solche Kurse könnten recht fruchtbringend und anregend wirken. In solchen Kursen sollte dann aber auch der Unterricht in Landwirtschaft einen ziemlich breiten Raum einnehmen, und dann könnten wir vielleicht den Wünschen, die bei der Landwirtschaftsdebatte

von verschiedenen Seiten geäußert worden sind, etwas näher kommen. Ich würde nicht wünschen, das will ich hier bemerken, daß man die Fortbildungsschulen zu landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, ähnlich wie die gewerblichen Fortbildungsschulen, umgestaltet

Ich möchte dann noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, er betrifft die Wochenbucheinträge und die Einsichtnahme der Schülerbibliothek durch die Geistlichen. Viel erörtert wurde im letzten Sommer ein Erlaß des Erzbischöflichen Ordinariats über die Wochenbucheinträge, die Beteiligung der Geistlichen an den Ortsschulratsitzungen und die Einsichtnahme der Schülerbibliotheken. In manchen liberalen Blättern wurde dieser Erlaß einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde von einem Eingriff der Kirche in die Schule gesprochen. Man sagte: „Die Kirche wolle die Hand auf die Schule legen“, „die staatliche Schulaufsicht sei gefährdet“, „der Oberschulrat sei der schlaun Politik des Ordinariats nicht gewachsen“, „es sei ein schwerer Mißgriff, was hier der Oberschulrat getan habe.“ Ich muß sagen: Das ist aber doch zu arg, so etwas vom Oberschulrat zu denken und zu sagen (Heiterkeit). Es ist nicht meine Aufgabe, den Groß-Oberschulrat hier in Schutz zu nehmen; aber so viel sage ich: Das ganze Geschrei über diesen Erlaß zeugt von großer Nervosität, von großer Gereiztheit; ja, manche Kreise haben sich dabei geradezu lächerlich gemacht. Wenn der Geistliche, der doch auch zum Lehrkörper zählt und nach § 22 des Elementarunterrichtsgesetzes sich an die Schulordnung zu halten hat, seine Einträge ins Wochenbuch macht, und zwar in die Spalte, die schon seit Einführung des Wochenbuchs besteht, was ist daran auszusetzen? Das Erzbischöfliche Ordinariat hat in seinem Erlaß geschrieben: „Es geschieht dieses im Interesse eines lückenlosen methodischen Fortganges im Unterricht, namentlich bei Krankheit und bei Vertretungen.“ Wenn behauptet wird, der Geistliche übe bei diesen Einträgen eine Nebenkontrolle, so kann ich das gar nicht verstehen. In den Mittelschulen werden die Einträge auch gemacht, und die Lehrer haben sich durchaus nicht beschwert. Wenn der Geistliche fernerhin von Zeit zu Zeit Einsicht in die Schülerbibliotheken nimmt, wenn er bei Anschaffung der Bücher auch ein Wort mitredet, so glaube ich, das ist doch nur zu begrüßen. Angesichts der Tatsache, daß heutzutage Bücher, auch unter dem Titel „Jugendchriften“, auf den Markt geworfen werden, die jedem sittlichen und religiösen Gefühl Hohn sprechen, sollte man es doch begrüßen, wenn der Lehrer draußen auf dem Lande bei Anschaffung der Bücher für die Schülerbibliothek einen Mitarbeiter, einen Berater hat. Wir waren ja kürzlich gewiß alle einig in Bekämpfung der Schmutzliteratur und der Schundliteratur. Wenn also hier die Lehrer und Geistlichen zusammenstehen und zusammenarbeiten, so kann das ganz gewiß nur zum Wohl der Schule ausschlagen. Die Stimmen, die sich so laut gegen den erzbischöflichen Erlaß aussprachen, wollen im Grunde genommen nichts anderes als eine Trennung von Schule und Kirche! Man will den Geistlichen, wie wir kürzlich gehört haben, auch nicht mehr als Kommissionsmitglied für einen Schulaufsichtsrat zulassen. Man will ihn auch hier nicht mehr in die Schülerbibliotheken Einsicht nehmen lassen; auch soll er seine Einträge ins Wochenbuch nicht machen. Alles das zielt darauf hin, die Religion, den Geistlichen aus der Schule hinaus zu verbannen. Ich will mich auf die Frage der Trennung von Schule und Kirche nicht weiter einlassen. Aber ich sage nur: Wohin wird es führen, wenn wir an Stelle des positiven

Religionsunterrichts einen vertrockneten Moralunterricht einführen? Es wird schließlich zur Gleichgültigkeit, zur Glaubenslosigkeit und dann zum Haß gegen jede positive Religion führen! Ich stehe hier im Gegensatz zu dem Herrn Berichterstatter Kolb; ich glaube, daß die Verrohung, daß die Sittenlosigkeit in letzter Zeit tatsächlich zugenommen hat (Burst von den Sozialdemokraten: Niederbayern!). Wir sind jetzt in Baden. Ich glaube, wir sollten alle zusammenstehen, Schule und Geistliche, um gegen die Verrohung unserer Jugend zu arbeiten, wir sollten die Zügel etwas fester anziehen.

Warum die Sozialdemokraten sich so um die Schule wehren, das ist selbstverständlich; sie sagen: Wer die Schule hat, hat die Zukunft. Wenn es uns darum Ernst ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, so müssen wir der Kirche auch ein gewisses Recht in der Schule einräumen. Ohne Mitwirkung der Kirche, insbesondere in der Volksschule, gibt es kein Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung der Sozialdemokratie (Lebhafte Aha! bei den Sozialdemokraten). Durch eine gute Erziehung der heranwachsenden Jugend wird dem Anwachsen der Sozialdemokratie ganz entschieden der Boden entzogen.

Ich komme zum Schluß und sage: Wenn wir so weiter arbeiten, wenn wir zusammenarbeiten und dafür sorgen, daß die Lehrerschaft entsprechend bezahlt wird, daß die inneren Schulverhältnisse gebessert werden, dann werden wir auch dem § 20 unseres Schulgesetzes entsprechen, der da sagt: „Der Unterricht in der Volksschule soll die Kinder zu verständigen, religiös-sittlichen Menschen und der einst tüchtigen Mitgliedern des Gemeinwesens heranbilden.“ Ich möchte wünschen, daß dieser Grundsatz auch künftighin bei jeder neuen Schulgesetzgebung maßgebend sein soll! (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Geiß (Soz.): Ich fange an, wo mein Herr Vorredner aufgehört hat (Heiterkeit), ich glaube, das ist das zweckmäßigste, und zwar stelle ich mich auf den entgegengesetzten Standpunkt, indem ich erkläre, daß die Sozialdemokratie als politische Partei in der Überwachung der Volksschule und der Volksschulverhältnisse jedenfalls nicht minderwertiger ist als jede andere Partei, insbesondere auch nicht minderwertiger als die Partei des Zentrums. Ich glaube, wir haben uns, solange wir hier in diesem hohen Hause schon vertreten sind, jedenfalls um die Schulverhältnisse in Baden mindestens so verdient gemacht wie irgend eine der anderen Parteien. Deshalb ist es unverständlich, daß man stets und ständig darauf ausgeht, und zwar ohne jeden Grund darauf ausgeht, die Sozialdemokratie deshalb zu bekämpfen, weil sie eine Feindin der Religion und eine Feindin der Schule wäre. Sofort, als in der Budgetkommission beschlossen wurde, meinem Freunde Kolb die Berichterstattung über den Titel „Volksschulwesen“ zu übertragen, hat sich hierüber eine Unzufriedenheit in den Kreisen der Zentrumspartei Luft gemacht. Die Zentrumspresse hat in verärgertem Tone dagegen losgezogen, als wären, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter Berichterstatter über den Titel „Volksschulen“ wird, ihm damit alle Machtmittel in die Hand gegeben, um ohne weiteres die Volksschule sozusagen zu sozialisieren oder zu verfeuern, wie es von Ihrer Seite (zum Zentrum) oftmals ausgesprochen worden ist. Ich meine, man sollte, wenn kein triftiger Grund vorliegt, nicht immer in der Weise vorgehen, wie gerade eben mein Herr Vorredner vorgegangen ist. Unser Standpunkt in dieser Frage ist ja bekannt. Für uns Sozialdemokraten, für eine Partei, die aus den Massen der Arbeiterschaft

herausgewachsen ist und sich aus ihr rekrutiert, für uns gibt und kann es im Staatsleben überhaupt keine wichtigere Frage geben als die der Volksschule. Ich bin zu meinem Bedauern kein Fachmann, kein Pädagoge, ich war auch nicht in der Lage, eine Bürgerschule oder auch nur eine Mittelschule kleinsten Stils besuchen zu können, sondern ich habe in meiner Schulzeit eine Volksschule besucht, die damals, vor 39 Jahren schon, als ich dieselbe verlassen habe, in meiner Heimat eine der minderwertigsten war, die es in jener Zeit gegeben hat. Ich habe dadurch, daß ich nicht Gelegenheit hatte, mir in der Volksschule das nötigste Wissen und Können zu verschaffen, das für den Kampf ums Leben unter allen Umständen notwendig ist, den Wert einer wahren, wirklichen Volksschule und einer Volksschulbildung kennen gelernt. Ich habe die Verhandlungen der letzten Landtage aufmerksam durchgegangen und dabei gefunden, daß die Vertreter der ländlichen Bezirke stets darauf ausgehen, zu behaupten, daß die derzeitigen Verhältnisse in der badischen Volksschule vollständig hinreichend wären, um dem Schüler, um dem heranwachsenden jungen Kinde die Bildung zu geben, die es notwendig habe, um den Kampf ums Dasein aufnehmen zu können. Ich will zugeben, daß man, wenn man zum Voraus schon wüßte, was aus all diesen Kindern, welche die Volksschule besuchen, später werden wird, dann zu diesem Standpunkt vielleicht kommen könnte. In meiner Schule waren wir 80 bis 90 Schulkinder, Knaben und Mädchen, und ich hatte in meiner ganzen Schulzeit nur einen Lehrer, da habe ich nicht daran gedacht, daß ich meine Existenz, mein weiteres Fortkommen nicht in meinem Heimatlande sondern in einem andern deutschen Bundesstaate finden würde; ich hätte auch nicht daran gedacht, daß ich seinerzeit einmal noch die Ehre haben würde, Landtagsabgeordneter, ja sogar Erster Vizepräsident der Zweiten Badischen Kammer zu sein (Geisterzeit). Ich sage also, man kann bei dem Kinde niemals wissen, wie daselbe vom Strom der Zeit und von den verschiedenartigen Schicksalsschlägen in die Welt hinausgeschlagen wird (Abg. R ä s c h: Sehr richtig!) und wie es mit den wenigen, spärlichen, ja teilweise erbärmlichen Bildungsmitteln es dann fertig bringt, den Kampf ums Dasein in der Welt draußen aufnehmen zu können. Ich habe dies in allen Stadien des Arbeiterlebens bis hinauf zum Geschäftsmanne erfahren, und wie es mir ergangen ist, ergeht es Hunderten und Tausenden, nur daß leider viele darunter sind, die es nicht so richtig spüren, was ihnen eigentlich fehlt und mangelt. Als Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter können und wollen sie es oftmals nicht begreifen, wie es kommt, daß sie überall hinten an stehen, sie glauben, sie seien geächtet, man wolle sie nicht vorwärts kommen lassen; und wenn man die Frage genau prüft, findet man, daß es am notwendigsten fehlt und von Anfang gefehlt hat. Denn dasjenige Kind, derjenige junge Bursche, der mit einem minimalen Maße von Kenntnissen in die Lehre kommt, dem fehlen die fundamentalen Voraussetzungen zu einem tüchtigen Handwerker und einem tüchtigen Arbeiter, er muß in- folgedessen, so schwer es ihm auch fällt, den Kampf ums Dasein in der Welt draußen aufnehmen. Und wenn dies schon zugetroffen hat vor 35 Jahren, als ich im Jahre 1874 in die Fremde gegangen bin, so muß das umfomehr in der heutigen Zeit zutreffen, wo der Kampf ums Dasein ein viel größerer geworden ist, wo der Ausbau und die technische Entwicklung der Industrie mehr und mehr vorgeschritten ist, wo heute der Arbeiter ein Stück Maschine ist und die körperliche Kraft des Einzelnen nicht mehr die Rolle wie früher spielt. Heute ist

der Arbeiter gewissermaßen ein lebendiges Werkzeug der Fabrik, eine lebendige Maschine, er muß so schnell arbeiten, wie die Maschine es von ihm erfordert, sonst kann der Arbeitgeber ihn nicht brauchen, weil andernfalls die Rentabilität der Maschine in Frage gestellt wird. Wenn wir also auf dem Standpunkte stehen, daß für die Volksschule niemals zu viel getan werden kann und das Beste gerade gut genug ist, so ist das gewiß keine Forderung, von der man sagen könnte, daß sie nicht die vollste Berechtigung hätte.

Wir haben in den letzten Wochen und Tagen gelegentlich der Beratung des Etats der Hoch- und Mittelschulen von allen Seiten gehört, daß die badische Hochschulen überall als musterträchtig bezeichnet werden, wir haben auch gehört, daß sich die Mittelschulen eines schönen Aufstieges erfreuen und daß der Zubrang zu diesen Mittelschulen in den letzten Jahren ganz wesentlich zugenommen hat. Man hat es sogar halb bedauert, daß der Zugang zu diesen Mittelschulen so groß ist, weil man schließlich ein Menschenmaterial mit Mittelschul- oder Realschulbildung zusammen bekomme, daß man nicht wisse, wohin man mit demselben solle und wo daselbe unterzubringen wäre. Ich gebe zu, daß der Zubrang zu diesen Mittelschulen ein Zeichen der Zeit und ein Zeichen unserer Volksschulverhältnisse ist, und zwar deshalb, weil diejenigen Eltern, die es sich einigermaßen finanziell leisten können, sich sagen, daß, wenn ihrem Kinde in der Welt draußen ein gutes Fortkommen gesichert sein solle, sie ihm mindestens eine bessere Bildung mit auf den Weg geben müssen, und weil die Eltern in Stadt und Land — insbesondere trifft das auf die mittleren und kleinen Städten zu — darauf sehen, ihren Kindern eine Realschulbildung angebeihen zu lassen. Das zeigt uns, daß sie alle mit den Leistungen der Volksschule durchaus unzufrieden sind.

Es kommt aber dabei noch etwas anderes in Frage. Speziell die Vertreter der ländlichen Bezirke gehen davon aus und klagen darüber, daß die Landflucht und der Zug in die Stadt immer zunimmt, daß auf dem Lande kein oder nur sehr mangelhaftes Arbeiterpersonal zu erhalten sei. Das gebe ich zu. Aber ich meine: Gerade durch diesen starken Zubrang der Kinder der ländlichen Eltern in höhere Schulen wird diesem Mangel Vorschub geleistet. Wenn ein Kind von 9 oder 10 Jahren sich der Mittelschule zuwendet, weiß es noch nicht, weshalb es eigentlich zur Mittelschule kommt oder geschickt wird; die Eltern wissen selbst oftmals nicht, was sie mit dem Jungen anfangen sollen oder anfangen wollen. Man läßt ihm einmal eine gute Schulbildung zukommen in der Hoffnung, daß aus dem Jungen ein tüchtiger Handwerker oder Geschäftsmann, vielleicht auch ein tüchtiger Landwirt werde. Denn davon bin ich überzeugt, auch ein Landwirt, ein Bauer, welcher eine gute Mittelschulbildung genossen hat, wird dieselbe sehr nutzbar in seinem Betriebe und Lebensberuf anwenden können. Nun kommt aber die Rehrseite. Wenn die jungen Leute 5 oder 6 Jahre auf diesen Mittelschulen, auf diesen Realschulen zugebracht haben, bekommen sie ganz andere Rosinen in den Kopf. Dann haben sie keine Lust mehr, zu ihren Eltern zur Feldarbeit und in den Stall zum Vieh und zu den Pferden zurückzukehren, dann glauben sie, sie hätten schon die Anwartschaft und ein Recht darauf, Beamter zu werden, mindestens aber wollen sie Kaufmann werden. Dadurch finden sie selbstverständlich den Weg zur Stadt. Insofern hat es für den Landwirt

seine Bedenken, seinen Kindern erweiterte Schulbildung zugänglich zu machen.

Andererseits ist zu bedenken, daß gerade dieses rapide Aufblühen der Mittelschulanstalten in den kleineren und mittleren Städten sehr viel auf Kosten der Volksschule geschehen ist. In diesen kleineren Plätzen hat man mit Aufwendungen für diese Mittelschulen nicht gezeigelt, weil eben die Kinder der Bessersituierten in diese Schulen gehen, und weil in der Regel auch der Gemeinderat sich nicht aus den Minderbemittelten sondern in der Hauptsache aus den besser und gut Situierten rekrutiert. Deshalb ist man an diesen Stellen eher geneigt, für die Mittelschule — aus voller Überzeugung ihres Wertes (das gebe ich zu) heraus — die notwendigen Mittel zu bewilligen, die von der Schulleitung verlangt werden.

Aber andererseits sucht man dann an der Volksschule wieder zu sparen, man will nur das tun und leisten, was unter allen Umständen notwendig ist. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, unermüdlich fort und fort auf der Bahn weiter wandern zu müssen, welche wir seither beschritten haben, nicht zu ruhen und zu rasten, sondern stets und ständig, und insbesondere von dieser Stelle, der badischen Kammer aus, aber auch draußen in den Gemeindehäusern, wo wir eine Vertretung haben, dafür zu sorgen und stets und ständig daran zu erinnern, daß das, was für unsere Volksschule geschieht, eigentlich nicht hinreicht, und daß noch weitere Verbesserungen an derselben vorzunehmen sind. Es wäre eine riesige Übertreibung, das gebe ich zu, wenn man sagen wollte, daß in den letzten Jahren nicht eine ganz bedeutende Verbesserung auf diesem Gebiete eingetreten sei. Andererseits kann man aber doch sagen, daß die Großh. Regierung mit der Durchführung des neuen Lehrplans vielleicht etwas zu schnell vorgegangen ist. Das zeigt sich darin, daß sich jetzt, nachdem wir allmählich mehr Lehrer bekommen, ein großer Mangel an Schülern zeigt, als die Schullokale nicht langem und deshalb zum Teil ganz riesig überfüllt sind, ein Punkt, auf den ich nachher noch zu sprechen komme. Jedenfalls ist aber anzuerkennen, daß der gute Wille bei der Regierung vorhanden ist, mit helfender Hand einzugreifen, und an uns liegt es, darüber nachzudenken und mit Nachdruck daran zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß die Großh. Regierung in der Ausübung und der Weiterführung dieser Verbesserungen nicht erlahmt, und daß sie nicht ein zu langsames Tempo dabei einschlägt.

Wenn wir eine gute und gesunde Volksschule haben wollen, so ist es selbstverständlich, daß auch der Lehrerstand demgemäß vorbereitet und weitergebildet werden muß. Es ist nach den Bemerkungen des Herrn Präsidenten nicht zulässig, auf die Fragen, die schon früher behandelt worden sind und die später bei Beratung unseres Schulgesetzes behandelt werden können, heute einzugehen, in dieser Beziehung hätte ich ziemlich viel zu sagen; aber ich will die Anordnung und den Wunsch des Herrn Präsidenten befolgen und über diese Fragen hinweggehen. Ich will nur das eine sagen, und dazu habe ich einen speziellen Auftrag von Lehrerseite erhalten, daß die Lehrer es für notwendig, mindestens aber für sehr zweckmäßig halten, daß der angehende Lehrer nicht wie seither erst 8 Jahre eine Volksschule und dann das Lehrerseminar besucht, sondern daß der Lehrer im Interesse richtiger Vorbildung zunächst einer sechsklassigen Mittelschule zuzuweisen wäre, und zwar deshalb, weil für die übrigen mittleren Beamten diese Vorbildung vorgeschrieben ist.

Eine besondere wichtige Frage ist der Lehrermangel und die infolge dieses Lehrermangels notwendig gewordene Kombination der Klassen, in der man einen Nothelfer gefunden hat, um das Notwendigste, was verlangt wird, zur Durchführung zu bringen. Durch diese Kombination der Klassen, durch die der geregelte Schulbetrieb herbeigeführt werden sollte, werden die Lehrer, was die Ausnützung ihrer Kräfte betrifft, ziemlich stark herangezogen. Durch diesen stärkeren Heranzug der Lehrer in ihrem Berufe entstehen aber auch unbestreitbar Kosten, zumteil sehr beträchtliche Kosten, indem die Kraft der Lehrer frühzeitig verbraucht und aufgerieben wird, indem dieselben öfter Urlaub zur Erholung brauchen, indem sie für längere Zeit dienstunfähig werden und infolgedessen Stellvertreter und Verweiser an ihre Stelle gesetzt werden müssen usw. Auch werden infolge schnelleren Verbrauchs der Kräfte der Lehrer wieder bedeutende Mittel für Pensionierung und Hinterbliebenenversorgung aufgewendet werden müssen. Man kann also nicht sagen, daß die Kombination ein billiges Hilfsmittel war, sondern sie ist alles in allem gerechnet jedenfalls eine ziemlich kostspielige Einrichtung.

Wir müssen anerkennen, daß die Großh. Regierung eine Summe eingestellt hat, um den in bezug auf die Schullokale bestehenden Mängeln einigermassen abzuhelfen. In dieser Hinsicht ist der gute Wille der Regierung anzuerkennen. Dadurch, daß 600 000 M. für das laufende Budget bewilligt werden, wird den notwendigsten Forderungen entsprochen werden können. Selbstverständlich werden wir für die kommenden Etats neue Forderungen stellen, wenn diese nicht schon seitens der Regierung eingestellt werden sollten, damit wir in möglicher Bälde dahin kommen, daß wenigstens die im Elementarunterrichtsgesetz vorgeschriebene Höchstzahl von 70 Schülern nicht mehr überschritten wird und diese Überfüllung der Klassen aufhört.

Was den Lehrplan und die Lehrbücher anbelangt, so hat bereits mein Herr Vorredner darüber gesprochen, und ich kann mich in den Punkten, welche ich notiert habe, im großen und ganzen seinen Ausführungen und den Wünschen, die er geäußert hat, anschließen. Auch mir sind solche Wünsche von verschiedenen Seiten geäußert worden. Ganz besonders möchte ich aber dafür eintreten, daß man in der Frage der körperlichen Übungen in den Volksschulen nicht nachläßt und daß man es nicht nur bei dem Turnen, das einen obligatorischen Unterrichtszweig bildet, beläßt, sondern daß die Großh. Regierung den körperlichen Übungen und speziell der Einführung der Spielnachmittage ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden möge. Denn wir wissen, daß den Kindern ein ganz anderer Mut und eine ganz andere Lebensfreude beigebracht wird, wenn sie nicht ununterbrochen in die Schule gehen und ununterbrochen arbeiten müssen, zumal wir eine Menge von Kindern haben, die nach der Schule neben ihren Aufgaben für die Schule auch noch häusliche Arbeiten zu verrichten haben. Wir wissen, daß die Kinder, wenn sie sich auf dem Spielplatz tummeln und unterhalten, zu einer ganz anderen Gesinnung, zu frisch-frohem Mut kommen. Deshalb bin ich der Meinung, daß die Aufwendungen an Zeit und Geld, welche hierfür gemacht werden, keinesfalls unnütz gemacht werden.

Gleichzeitig möchte ich noch mit einflechten, daß ein Wunsch, der, so weit mir bekannt ist, so ziemlich durch das ganze Land Baden geht, darin besteht, daß man bezüglich des Anfangs des Schuljahres der Volksschule

nicht nach dem Kalenderjahre des katholischen Klerus verfahren, daß man es nicht mit Ostern beginnen lasse, das in dem einen Jahre vielleicht schon auf Mitte oder Ende März und im anderen Jahre erst auf Mitte oder Ende April fällt. Vielmehr möchte ich anregen, daß man den Anfang des Schuljahres auf einen bestimmten Tag festlege, und zwar im ganzen Lande gleich. In Württemberg, wo der Einfluß der christlichen Bürger in Schulangelegenheiten meines Erachtens mindestens so stark wie hier in Baden ist, ist man bereits soweit gekommen. Und wenn man sich in Württemberg dazu herbeilassen konnte — wenn ich recht unterrichtet bin, beginnt dort das Schuljahr jeweils am 23. April —, sollte es auch in Baden möglich sein. Ich für meinen Teil würde den 1. Mai für den geeigneten Tag halten (Heiterkeit). Nicht als ob ich des Feiertages meiner Partei wegen einen so großen Wert auf den Beginn des Schuljahres gerade an diesem Tage legte, sondern weil mit dem 1. Mai gewissermaßen neues Leben in der Natur sich zeigt und weil auch dem Kinde, das ja gewissermaßen in ein neues Leben eingeführt wird, dadurch ein gewisses Merkmal aufgedrückt wird. Von sachmännischer Seite wurde mir wohl mitgeteilt, daß es am besten und zweckentsprechendsten wäre, wenn es mit dem Schulanfang ebenso wie bei den Mittelschulen gehalten würde. Das sagte man mir wie gesagt von sachmännischer Seite; ich kann darüber ein Urteil nicht fällen, aber ich übermittle hier die Wünsche von Beirrätern, und hoffe, daß die Großh. Regierung auf diese Frage näher eingeht.

Eine weitere Forderung meiner Partei, die wir bereits auf dem letzten Landtag gestellt haben, geht nach Aufhebung der körperlichen Züchtigung. Diese Forderung halten wir auch heute aufrecht. Wenn man auch zugeben kann, daß die Großh. Regierung bemüht ist, gegen übermäßige Züchtigung einzuschreiten, wenn man auch weiter zugeben kann, daß die körperliche Züchtigung vielleicht gegen früher nachgelassen hat, so besteht immerhin noch ein großer, ja, ich möchte sagen, ein starker Krebschaden innerhalb unserer Volksschule darin, daß noch viel zu viel — ich will nicht das harte Wort „prügeln“ gebrauchen — Wert auf körperliche Züchtigung gelegt wird, sei es nun, daß die körperliche Züchtigung darin besteht, daß man dem Schüler Tafen gibt oder ihm mit dem Gabelstock über den Rücken und über den Kopf haut oder ob ihn an den Ohren oder an den Haaren reißt und zupft usw. Wer das an sich erfahren hat, wird es nie vergessen. Ich bin der Ansicht, daß durch körperliche Züchtigung niemals dem Kinde Lust und Liebe zum Lernen beigebracht werden konnte u. auch in der Gegenwart nicht beigebracht werden kann. Ich bedauere sehr, daß es heute noch Eltern gibt, und es sind deren sehr viele, welche glauben, ein Kind nicht in anständiger Weise heranziehen zu können, ohne es fortwährend zu prügeln. Meines Erachtens kann man im Hause ebenso wie in der Schule ohne körperliche Züchtigung auskommen. Ich bin des weiteren der Meinung, daß, nachdem die Großh. Regierung für die Mittelschulen angeordnet hat, daß dort keine körperliche Züchtigung stattfinden soll, man es ebenso gut für die Volksschule anordnen könnte (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es gibt ja auch Pädagogen, welche glauben, daß man so ganz ohne körperliche Züchtigungen denn doch nicht auskommen könne, daß es doch Fälle gebe, wo eine körperliche Züchtigung das wirksamste Mittel sei. Da bin ich der Meinung: Auch wenn die Großh. Schulverwaltung einen Erlaß hinausgibt, daß jede körperliche Züchtigung aufhören solle und daß Zuwiderhandlungen geahndet würden, so bliebe immerhin noch so viel übrig

(Heiterkeit), um das nicht zu unterlassen, was man als unbedingt notwendig erachtet. Ich möchte also bitten, möglichst bald das Herz gewissermaßen am rechten Fleck zu fassen und einmal etwas zu tun, worauf man im ganzen Lande wartet.

Daß diese körperliche Züchtigung in stärkerem Maße wie im sonstigen Unterricht im Religionsunterricht stattfindet, darüber dürfte kein Zweifel bestehen (Widerpruch im Zentrum). Ich habe als Belege hierfür eine Anzahl Zeitungsartikel, ich könnte stundenlang Zeitungsartikel hierüber nicht nur aus der sozialdemokratischen Presse vorlesen sondern auch aus der Presse, welche von Pädagogen sehr beeinflusst wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es steht aber doch fest, daß man einem Kinde im Religionsunterricht die Liebe zu Christus und die Liebe zur Religion mit dem Prügel und mit dem Stock nicht einpauken kann (Sehr richtig! links), sondern daß gerade das Gegenteil zutrifft und zutreffen muß und zwar deshalb, weil, je mehr ein Kind körperlich gezüchtigt wird, es um so verstockter wird und um so mehr der Verrohung anheim fällt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es ist hier genau so, wie wenn man sagt, daß derjenige ein guter Christ sei, der nach außen hin nach jeder Richtung seine Religiosität offen bekundet, wenn er vielleicht auch nur, weil er glaubt, erwidert zu werden, manche Unbittat unterläßt, wenn er also die Raube der Justiz fürchtet, oder vom christlichen Standpunkt aus, wenn er sich die gemäß der christlichen Lehre nach seinem Lebensende eintretenden Folgen der Tat vor Augen hält. Das müßte eine nicht schöne Religion sein, wenn man nur aus Furcht vor der Hölle das Böse unterlassen würde. Die Heranbildung muß wie in den Schulfragen so auch in religiösen Fragen so gepflegt werden, daß das Innere dabei ermannt wird; was mit dem Munde geredet wird, das muß auch aus dem Herzen kommen, es muß eine volle und feste Überzeugung sein und darf nicht bloß aus Angst vor dem Stock des Religionslehrers auswendig gelernt und eingepaukt werden. Sonst wird hintennach mit diesem aufgezwungenen Ballast um so schneller aufgeräumt, wenn man frei von der Schule ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Es sind mir auch Klagen zugegangen vom Lande und aus der Stadt — ich war aber nicht in der Lage, sie näher zu prüfen, ich gebe das der Großh. Schulverwaltung nur zur Berücksichtigung anheim —, daß Schulkinder, deren Eltern Dissidenten oder freireligiös sind, in einigen Schulen gezwungen seien, den katholischen oder evangelischen Religionsunterricht zu besuchen. Hierwegen habe ich dieser Tage auch einen Brief aus Si. Georgen erhalten — er ist mir leider abhanden gekommen und kann ihn nicht mehr finden —, wo sogar die Namen der Eltern und Kinder genannt wurden. Die Eltern sind Dissidenten, bekennen sich also zu keiner vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft, und der Vater ersuchte mich, vorzubringen, daß Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht befreit sein sollen. Wie gesagt, ich war nicht in der Lage, diese Sache näher zu prüfen, ich bringe das hier nur zum Ausdruck, weil ich den Auftrag hierzu erhalten habe, und ich hoffe, daß die Großh. Schulverwaltung der Sache nachgeht und, wenn das zutreffen sollte, für Abhilfe besorgt sein möchte.

Das Thema der Trennung von Kirche und Schule hat in den letzten Tagen eine große Rolle gespielt, insbesondere in den Ausführungen anläßlich des von den Großblockparteien eingebrachten Antrags Dr. Frank und Genossen. Damals schon wurde von der

rechten Seite des Hauses gesagt, der Antrag laufe darauf hinaus, eine Trennung von Kirche und Schule herbeizuführen. Ich erkläre nun offen und bin beauftragt, das namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir selbstverständlich von programmatischen, politischen Grundfragen heraus auf dem Standpunkt stehen, daß Schule und Kirche von einander getrennt gehalten werden sollen. Wie dann die Kirche, wenn der Religionsunterricht aus der Schule ausgegliedert wäre, einen Weg findet, ihrerseits Religionsunterricht zu erteilen, das wäre dann ihre Sache, darüber zerbreche ich mir zurzeit den Kopf nicht. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Herren der verschiedenen Religionsgemeinschaften jedenfalls Wege finden, um nach wie vor dafür zu sorgen, daß trotz der Trennung von Schule und Kirche die Religiosität nicht aus der Welt geschafft werde. Ich sage dies auch deshalb, damit man nicht wieder sagt, wie schon so oft, wenn wir dieses Verlangen stellen: Dadurch bekümdeten wir eben, daß wir Feinde jeder Religion seien.

Von sachmännischer Seite wurde mir mitgeteilt, daß wir bereits einen deutschen Bundesstaat hätten, wo die Trennung zwischen Schule und Kirche praktisch durchgeführt sei. Es ist Meinungen. Eine Mitteilung der „Badischen Schulzeitung“ vom 20. Oktober 1909, Nr. 43, besagt, daß dort beschlossen sei, die Trennung vollständig durchzuführen. Nach dem Wortlaut des Artikels der „Badischen Schulzeitung“ hat in einer Plenarsitzung des Meinungsreichen Landtages, wo diese Frage behandelt wurde, Hofprediger Dr. Grauel in der Debatte unter anderem gesagt: „Unser Staat ist kein atheistischer, denn er lasse in seinen Schulen Religionsunterricht erteilen. Der Staat brauche Freiheit, der Lehrstand schne sich nach Selbstständigkeit. Die Dogmatik des Katechismus gehöre der Kirche, nicht der Schule. Wirken Sie mit, daß neben einer selbständigen Kirche eine selbständige Schule erkeht.“ Das hat jener Herr als Hofprediger erklärt, jedenfalls ein Mann, welcher doch von Pädagogik etwas versteht, und dessen Urteil nicht so ohne weiteres in den Wind zu schlagen sein dürfte. Was aber im Staate Meinungen möglich ist, wird wohl auch im Staate Baden möglich sein.

Ich weiß wohl, daß die Großh. Schulverwaltung und die Großh. badische Regierung nicht der Meinung sind, daß die Trennung von Schule und Kirche bei uns in Baden notwendig sei. Ich weiß auch, daß sie, wenigstens vorläufig, nicht die Lust dazu hat, dieser Frage näher zu treten. Aber dessen ungeachtet erwächst mir doch die Pflicht, immer wieder aufs neue darauf hinzuweisen, damit die Frage nicht in Vergessenheit kommt, damit dieser Gegensatz im Volke wach bleibt, damit dieser Ruf nach Trennung von Kirche und Schule in späteren Zeitabschnitten noch lauter erfolgen wird als heute, und damit die Zeit auch kommen wird, wo man diese Frage in das Praktische umzusetzen gezwungen sein wird.

Eine weitere prinzipielle Frage meiner Partei ist die der Verstaatlichung der Volksschule. Die Volksschule soll nicht, wie heute, halb Institut der Gemeinde, halb Institut des Staates sein, sondern wir sagen: Wenn die Volksschule richtig gedeihen und sich so entwickeln soll, wie es wünschenswert ist, dann müssen den Gemeinden die Lasten abgenommen werden, denn die Gemeinden werden nicht in der Lage sein, dauernd und fortwährend diese großen Opfer zu bringen, die nach den Grundsätzen unseres Lehrplans und unseres Elementarunterrichtsgesetzes erforderlich sind. Man sagt freilich, die Verstaatlichung ist unmöglich, dadurch werden dem Staate solche Opfer erwachsen, daß es nicht möglich wird,

sie aufzubringen, das würde eine steuerliche Belastung geben, den die Steuerzahler zu tragen nicht in der Lage wären. Wir müssen aber in Betracht ziehen, daß durch die Übernahme der Schule auf den Staat die Gemeinden von den Schullasten völlig befreit würden, so daß die Gemeindeumlagen, die jetzt gewissermaßen den Löwenanteil der steuerlichen Belastung bilden, geringer würden. Also eine Möglichkeit wäre jedenfalls gegeben. Ich habe allerdings die Überzeugung, daß wir vorerst nicht glauben dürfen, daß man bei uns in Baden dieser Frage näher tritt. Wie ich schon vor mehreren Jahren und auch in den Berichten der letzten Landtagsverhandlungen gelesen habe, laufen die Ausführungen des Herrn Staats- und Kultusministers darauf hinaus, daß, solange er an dieser Stelle stehe, wir Sozialdemokraten nicht daran zu denken brauchen, daß eine Verstaatlichung der Volksschule durchgeführt wird. Aber wir sind der Meinung, wenn man dem Wohle des Volkes nachkommen will, und wenn man die Volksschule so gestalten will, wie sie sein soll, wird es überhaupt nicht anders gehen. Erst von da an, wo die Verstaatlichung gekommen sein wird, wird die Volksschule das sein, was sie sein soll: Eine Lehranstalt für die großen breiten Massen der unteren Bevölkerungsschichten! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Neß (natl.): Der Herr Berichterstatter hat in seiner Einleitung schon hervorgehoben, daß die Volksschule ein wichtiger Kulturfaktor, ja wohl der wichtigste Faktor im Kampfe um die wirtschaftliche Existenz vieler Tausende in unierem engeren und weiten Heimatlande ist. Nach der historischen Entwicklung, die unsere Volksschule bis jetzt durchgemacht hat, ist sie eine Gemeindegemeinschaft, und wir wünschen, daß an diesem Zustande, der sich bis jetzt bewährt hat, nicht gerüttelt werden möge. Wenn auch die Rechte, die die Gemeinde gegenüber der Schule hat, vielfach geringe sind, so steht ihr doch wenigstens in der Einrichtung des Ortschulrats noch ein wichtiges Recht zu und sie hat dabei ein wichtiges Wortlein mitzureden.

Von den Klagen, die hier laut geworden sind, möchte ich mir nur erlauben, eine vorzutragen. Man hat in meinem Bezirk schon vielfach darüber geklagt, daß, wenn die Ortschulbehörden von dem ihnen zustehenden Recht, bei Besetzung neuer Stellen mitzuwirken, Gebrauch gemacht haben und man nicht auf ihr Verlangen eingegangen ist, man dann die Gemeinden nicht davon benachrichtigt hat, aus welchen Gründen man ihrem Verlangen nicht hat stattgeben können. Meiner Ansicht nach ist dies Verfahren nicht begründet. Ich gebe ja gerne zu, daß die Wünsche der Gemeinden ab und zu einmal übertrieben sein können und daß auf der anderen Seite schultechnische Gründe stehen mögen, die viel wichtiger sind als diejenigen Gründe, die von der Gemeinde geltend gemacht werden. Aber immerhin erscheint es mir nicht mehr als recht und billig, daß, wenn die Gemeinde den Wunsch äußert, den oder jenen Lehrer zu bekommen, man aber aus schultechnischen Gründen diesem Wunsche nicht entsprechen kann, man wenigstens die Gemeinde benachrichtigt, aus dem und dem Grunde könne ihrem Wunsche nicht Rechnung getragen werden (Sehr richtig!). Das dürfte sich meiner Ansicht nach empfehlen.

Vor vier Jahren haben wir, wie der Herr Abg. Wiedemann vorhin richtig betont hat, einer Novelle zum Schulgesetz, einer Abänderung dieses Gesetzes zugestimmt. Dieselbe brachte neben einer materiellen Besserstellung unserer Lehrer eine Vermehrung der

Stundenzahl, aber gleichzeitig auch eine nicht unwesentliche Erhöhung der Gemeindebeiträge. Der Lehrplan, der dazumal eingeführt worden ist, hat innerhalb der nächsten zwei Jahre in der Bevölkerung draußen ziemlich viel Staub aufgewirbelt, und es ist auch vor zwei Jahren in diesem hohen Hause hierüber sehr viel gesprochen und sehr viel geschrieben worden. Aber die Erfahrungen, die man in den Bezirken draußen in den Volksschulen gemacht hat, sind gute, und zu meiner Befriedigung kann ich hier mitteilen, daß sich die Bogen wieder geglättet haben und daß gegenüber dem erweiterten Stundenplan heute innerhalb der Bevölkerung im großen und ganzen Zufriedenheit herrscht. Im großen und ganzen hat man sich mit den Zuständen abgefunden, die der neue Lehrplan gebracht hat, und ich kann heute die Befriedigung darüber aussprechen, daß wir i. Zt. dem Antrage, der von jener Seite (zur Rechten) gekommen ist, entgegengetreten sind, ich glaube, wir sind ihm damals mit Recht, im Interesse unserer Schule und im Interesse unseres Volkes entgegengetreten (Sehr richtig! links).

Zur Durchführung dieses neuen Lehrplanes war es infolge des Lehrermangels und infolge des Mangels an geeigneten Schullokalen notwendig, zur Einführung von *Überstunden* zu schreiten. Diese Überstunden, deren Kosten man seinerzeit einzig und allein den Gemeinden aufgeschuldet hat, sind es in allererster Linie gewesen, die draußen viel böses Blut verursacht haben (Sehr richtig!). Die Regierung ist ja wohl auf den Antrag hin, den wir vor zwei Jahren eingebracht haben, verschiedenen Gemeinden dadurch entgegengekommen, daß sie wenigstens einen Teil der Kosten dieser Überstunden auf die Staatskasse übernommen hat. Nach meiner Anschauung wäre es nicht mehr als recht und billig, wenn der Staat in allen Gemeinden, wo sich Überstunden infolge des Lehrermangels oder infolge des Mangels an Schullokalen als notwendig gezeigt haben, sich wenigstens in dem Maße an der Tragung der Kosten beteiligt, wie es dem Verhältnis der beiderseitigen sonstigen Leistungen für Schulzwecke entspricht (Sehr richtig!). Sobald wir einmal soweit sind, daß genügend Lehrkräfte und Schullokale vorhanden sind, dann wird es auch möglich sein, alle diese Überstunden aus der Welt zu schaffen. Eine meiner Nachbargemeinden, ich glaube die Gemeinde *Leutschneuren*, war im vorigen Jahre in der glücklichen Lage, ein schönes, neues Schulhaus einzuwählen. Vor der Übernahme dieses Schulhauses mußten dort zur Durchführung des neuen Lehrplanes wegen des Raum-mangels 17 Überstunden in der Woche gegeben werden. Der Gemeinde ist dadurch seinerzeit ein Kostenaufwand von 1020 M. entstanden. Nachdem nun das neue Schulhaus eingeweiht war, hat die Gemeinde um eine weitere Lehrkraft nachgesucht, und es ist ihr auch ein weiterer Hilfslehrer zugeteilt worden. Jetzt konnten sämtliche Überstunden in Wegfall kommen, ja es ist sogar möglich, auch den Turnunterricht noch in das geschicklich vorgeschriebene Stundenbudget einzustellen. Dadurch sind der Gemeinde — trotzdem sie einen weiteren Lehrer hat anstellen müssen — gegenüber früher Ersparnisse in Höhe von 300 M. und, wenn man noch den Turnunterricht in Betracht zieht, von 5, 6 oder gar 700 M. möglich geworden. Allerdings möchte ich betonen, daß auch die von dem dortigen Oberlehrer entworfene Einteilung der Stunden sehr geschickt vorgenommen worden ist und sich zur Nachahmung empfehlen würde. Wenn man solche Beispiele, wie ich eben hier kurz eines erwähnt habe, sieht, so drängt sich einem doch unwillkürlich der Gedanke

auf, daß es Pflicht des Staats den Gemeinden gegenüber wäre, sich wenigstens in dem oben bezeichneten Maße finanziell an den Überstunden zu beteiligen.

Der Herr Berichterstatter hat ausgeführt, daß man, um den neuen Lehrplan durchzuführen zu können und doch die Gemeinden finanziell nicht allzu stark belasten zu müssen, sogen. kombinierte Klassen eingeführt hat. Da kann ich zwar nur aus meiner Erfahrung als Laie heraus sprechen, aber andererseits habe ich doch als Bürgermeister wieder Gelegenheit und nehme diese öfters wahr, in die Schule zu gehen, um dort nach dem rechten zu schauen. Aus meiner so gewonnenen Überzeugung heraus muß ich sagen, daß bei den kombinierten Klassen soviel wie gar nichts herausgekommen ist, daß es viel viel besser ist, sobald als nur möglich mit diesem Zustande aufzuräumen.

So, wie die Verhältnisse heute liegen, ist es nach meiner Ansicht i. Zt. die allernötigste und allerwichtigste Arbeit, dafür zu sorgen, daß wir in tunlichster Weise die nötige Anzahl von Schullokalen in unseren Gemeinden draussen erhalten. Aus den Anfragen, die die Kreis Schulvisitationen während des letzten Jahres an die einzelnen Bürgermeisterämter gerichtet haben, bei denen sie immer darauf abheben, daß in tunlichster Weise dafür gesorgt werde, daß in der betreffenden Gemeinde ein weiterer Lehrer untergebracht werden könne, kann man wohl mit Recht schließen, daß derzeit kein allzu großer Lehrermangel mehr vorhanden ist, sondern daß es sich viel mehr um einen großen Mangel an neuen Schullokalen handelt.

Es muß anerkannt werden, daß in dem Budget eine Summe von mehr als einer halben Million zur Förderung der Schulhausbauten bedürftiger Gemeinden eingestellt ist. Was ist aber dieser Betrag für so viele Bedürftige? Nach dem gedruckten Berichte der Kommission werden annähernd 400 Gemeinden in allernächster Zeit zu Schulhausbauten, teils Neubauten, teils Erweiterungsbauten, aufgefordert, und ich glaube, das hohe Haus würde unter Umständen gar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn diese Summe von einer halben Million noch um ein ganz beträchtliches Stück überschritten werden würde. Es ist vorhin eine bedeutende Summe zur Bewilligung für die Stadtgemeinde Pforzheim empfohlen worden. Es dürfte sich empfehlen, daß man auch für die Volksschulen in allererster Linie noch in viel größerem Maße ein Entgegenkommen zeigt, besonders wenn es sich um die Erstellung von Schulhausbauten handelt. Wenn man den Leuten draussen sagen kann, wenn Ihr im kommenden Jahre dafür sorgt, daß ein Schulhausbau erstellt wird, dann garantieren wir dafür, daß Ihr auch einen ansehnlichen Staatszuschuß bekommt, dann ist es viel leichter, einen Schulhausbau, einen Erweiterungs- oder einen Neubau in der Gemeinde durchzusetzen. Das Volk hat auch Verständnis dafür, daß die Gelder, die hier angelegt werden, sich viel besser rentieren und verzinsen als die vielen, vielen Millionen, die in unseren Bahnhöfen in letzter Zeit begraben werden.

Wenn ich hier von dem Staatszuschuß rede, der den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden kann, so muß ich auch noch auf etwas anderes zu sprechen kommen. Wir haben Gott sei Dank in Baden noch eine große Anzahl Gemeinden, die mit Waldungen, wenn auch nicht in überreichlichem Maße, gesegnet sind, und wie wir in letzter Zeit aus den Äußerungen einiger Forstämter erfahren durften, sind nicht nur bei den Domänen sondern auch bei den Gemeinden vielfach größere Reserven

vorhanden. Wenn hier im Interesse der Gemeinden zur Förderung unserer Schulhausbauten richtig eingesetzt werden würde, so wäre das eine sehr dankbare Aufgabe für die Grob. Regierung (Abg. Gilbert: Sehr richtig!) Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne die Unterrichtsverwaltung zu ersuchen, sie möge im Interesse der Förderung der Schulhausbauten sämtliche Forstkämter darauf hinweisen, daß sie durch Zulassung reichlicher außerordentlicher Holzliebe den Gemeinden in weitgehendster Weise entgegenkommen sollen. Wenn Sie auf diese Art und Weise der Gemeinde 15, 20 oder gar 25, 30 000 M. aus den Reserven, die in ihrem Wald aufgespeichert sind, zur Verfügung stellen können, dann werden Sie erleben, daß wir in vier Jahren die allermeisten von den als notwendig erklärten Bauten unter Dach und Fach gebracht haben. Es genügt nicht allein, wenn der Bürgermeister oder ein anderer Vertreter der Gemeinde bei dem jeweiligen Forstamt um einen solchen außerordentlichen Holzlieb nachsucht, sondern es ginge viel rascher und viel besser, wenn von Seiten des Unterrichtsministeriums mit der ganzen Kraft, die ihm zur Verfügung steht, auf jene Behörden gleichzeitig eingewirkt würde. Wir haben eben jetzt einen Notstand in bezug auf Schulhausbauten, und dieser Notstand soll und muß im Interesse unserer Schule, im Interesse unseres Volkes so rasch wie möglich behoben werden.

Bei der Gelegenheit möchte ich doch auch die Anfrage an die Grob. Regierung richten, ob alle die Gemeinden, die hier in dem Bericht aufgezählt sind, schon davon verständigt sind, daß sie sich in nächster Zeit mit dem Gedanken eines Schulhausneu- oder Umbaus vertraut machen müssen. Ich bezweifle nämlich, daß das bis jetzt überall geschehen ist. Ich bin aber auch gern bereit, eine befriedigende Erklärung von der Grob. Regierung entgegenzunehmen. Die Erfahrungen, die man in den Gemeinden macht, lehren uns, daß man solche Schulhausbauten nicht von heute auf morgen durchsehen kann. Da entstehen oft Streitigkeiten, die einen möchten das Schulhaus im Oberdorf, die andern im Unterdorf haben, und dritte möchten es noch wo anders haben, und um das Gebäude ausführen zu können, ist dann erst noch die Zustimmung des Bürgerausschusses notwendig. Es sind mir gerade in dieser Beziehung in letzter Zeit aus verschiedenen Gemeinden meines Wahlkreises Klagen darüber zu Gehör gebracht worden, daß man sie ganz kurzer Hand aufgefordert hat, innerhalb kurzer Frist für einen Erweiterungsbau oder gar für einen Neubau zu sorgen. Wenn ich mich recht entsinne, ist im letzten Jahre von der Unterrichtsverwaltung oder von den Kreis Schulvisitationen an die Standesämter eine Verfügung ergangen, worin man sie aufgefordert hat, auf Grund der Geburtsregister usw. nachzuweisen, wieviele Kinder etwa in den nächsten fünf Jahren, der Geburtenziffer nach zu schließen, in die Schule aufgenommen werden. Auf Grund der Schulstatistik müssen die Visitationen auch ganz genau wissen, wieviele Kinder in den nächsten vier oder fünf Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Schule entlassen werden, und so können sie mit ziemlicher Sicherheit sich ein Bild von der zukünftigen Frequenz machen und können die Gemeinden darauf aufmerksam machen, daß voraussichtlich z. B. im Jahre 1911 eine weitere Kraft nötig sein wird, in einem anderen Jahre wiederum eine weitere usw. Ich kann Ihnen auf Grund meiner Erfahrung versichern, daß, wenn man so vorgeht, wenn man die Gemeinden

rechtzeitig auf Jahre hinaus schon auf das künftige Bedürfnis aufmerksam macht, dann geht es mit den Schulhausbauten viel besser und viel rascher. Die Gemeindeverwaltungen sind in der Lage, verschiedene andere Unternehmungen, die weniger wichtig sind, als es zur Zeit der Neubau des Schulhauses ist, zurückzustellen und den Schulhausbau in den Vordergrund zu schieben.

Von diesen Gedanken ausgehend ersuche ich das Unterrichtsministerium nochmals, in der Weise vorzugehen, und wenn in der Weise vorgegangen wird, dann werden wir erleben, daß in vier Jahren wohl die allermeisten von den Bauten unter Dach und Fach gebracht sind.

Nun noch wenige Worte über die Zustände innerhalb der Schule! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer keine Änderung eintreten soll. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Lehrer den Religionsunterricht in der Schule erteilen soll, und die Lehrer sind auch in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl gern, sehr gern dazu bereit. Dem Lehrer ist wohl kein anderes Mittel gegeben, so auf das Gemüt der Kinder einzuwirken, wie ihm dies durch die Erteilung des Religionsunterrichts möglich ist. Allerdings, wenn es dem einen oder dem andern Lehrer aus inneren Gründen, aus Gründen, die schon öfters hier in diesem Hohen Hause erörtert worden sind, nicht möglich ist, den Religionsunterricht erteilen zu können oder zu wollen, dann ist es im Interesse des Religionsunterrichts selbst gelegen, daß man diesen Lehrer davor entbindet.

Als vor zwei Jahren in diesem Hohen Hause über den neuen Lehrplan verhandelt worden ist, da wurde auch gleichzeitig die Erteilung des Konfirmandenunterrichts mit in die Debatte hineingezogen. Man hat dazumal befürchtet, daß bei Einführung des neuen Lehrplans die Erteilung des Konfirmandenunterrichts in gewissem Sinne zu kurz käme. Man hat daran gezweifelt, daß die nötige Zeit vorhanden sei, und man hat daran gezweifelt, daß man die nötigen Lokale zur Verfügung haben werde. Die Erfahrungen, die jetzt in zwei Jahren auf diesem Gebiete gemacht worden sind, haben zur Genüge gezeigt, daß es bei gutem Willen möglich ist, den Konfirmandenunterricht nach wie vor so zu erteilen, wie es auch in seinem Interesse gelegen ist. Es ist dies möglich, wenn der Lehrer und der Geistliche in gutem Einvernehmen miteinander sind. Wenn aber beide miteinander im Streit leben, oder keiner von ihnen nachgeben will, dann ist es natürlich, daß auch dabei nichts Gescheites herauskommt.

Über die Lokation in der Volksschule ist auf dem letzten Landtag ziemlich viel geredet worden und sie hat Fürsprecher und Gegner gefunden. Ich persönlich stehe auf dem Boden, daß es gut ist, wenn die Lokation in der Schule aufrecht erhalten wird. Sie wirkt gewissermaßen als Aneiferungsmittel für die Kinder, und sie dient vor allen Dingen auch den Eltern als gewisse Richtschnur. Wenn das Kind um drei oder vier Plätze hinuntergerückt ist gegenüber dem letzten Zeugnis (Abg. Süßkind: Dann bekommt es Prügel!), dann wissen die Eltern wenigstens, wo sie einzusetzen haben, um dem Kinde unter die Arme zu greifen. Sie schauen am ersten nach dem Platz (Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten: Leider, leider!), und ich glaube, daß sie dann darauf sehen, dem Kinde zu helfen (Abg. Dr. Seimburger: Sie sollen auf die Zeugnisse sehen!).

Wenn es dem Hause nicht möglich ist, der Schule bei der Erziehung der Kinder zu helfen, und durch solche Mittel ist ihm Gelegenheit gegeben, mitzuhelfen, dann ist die Tätigkeit der Schule oft umsonst.

Der Herr Kollege Geiß hat über die körperliche Züchtigung gesprochen; ich glaube, daß er beinahe zu stark aufgetragen hat. Seine Ausführungen haben in einem das Gefühl erweckt, als ob in unsern Volksschulen jahraus, jahrein, tagaus, tagein nichts als gezüchtigt würde. Ich glaube, daß die Züchtigung in unserer Volksschule jetzt schon auf ein so geringes Maß beschränkt ist, daß sie nicht weiter eingeschränkt werden sollte. Man muß dem Lehrer so viel Takt zutrauen, daß er ein Kind nur dann züchtigt, wenn es am Plage und zulässig ist (Abg. Monst: Warum nicht in den Mittelschulen?). Der Mittelschule stehen ganz andere Zuchtmittel als der Volksschule zur Verfügung. Sie kann Kinder, die sich nicht richtig betragen, aus der Schule ausschließen; in der Volksschule muß man sie behalten, bis sie die Schule durchgemacht haben (Abg. Kolb: Mit Prügeln erzieht man nicht!).

Vom Herrn Kollegen Geiß und einem andern Kollegen, ich glaube es war der Herr Kollege Wiedemann, ist von der Fortbildungsschule gesprochen worden. Man geht ja in letzter Zeit damit um, die Fortbildungsschule für Mädchen in eine hauswirtschaftliche Schule oder Kochschule umzuwandeln. Das Prinzip, das da befolgt wird, ist gewiß gut, aber es wird auch seine Mängel haben, und ich verfehle nicht, heute schon darauf hinzuweisen. Die Mädchen, die mit 13½ bis 14 Jahren aus der Volksschule entlassen sind, sollen jetzt statt Fortbildungsunterricht theoretischen und praktischen Unterricht im Kochen bekommen. Wenn man diesen Versuch einige Jahre lang gemacht hat, wird die Frage zu prüfen sein, ob die Mädchen auch schon in dem richtigen Alter zur Erfassung des Themas sind (Abg. Gilbert: Sehr richtig!). Mit 14 Jahren sind sie doch noch etwas zu jung, um in die eigentliche Kochkunst eingeweiht zu werden. Wir haben in unserer Gemeinde auch schon Kochkurse abgehalten; es waren ältere Mädchen dabei und auch Konfirmandinnen. Die Eltern, einer dieser

letzteren haben mir gesagt, das Kind habe dabei etwas gelernt. Aber wie es sich weiter entwickelt, wird eine Frage sein, die erst noch zu prüfen und zu erproben ist. Soviel zur Schule.

Der Herr Präsident hat darauf hingewiesen, daß heute weder über die Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif, noch über Gehaltsfragen gesprochen werden darf. Ich möchte nur wünschen, daß das neue Unterrichtsgesetz nicht wiederum mit einer Erhöhung der Gemeindebeiträge ausgestattet ist. Wir können das auf dem Lande draußen im Interesse der Lehrer selbst nicht brauchen. Man würde, wenn dadurch wieder eine Erhöhung der Umlage gebracht würde, geradezu mit den Fingern auf die Lehrer deuten, daß sie es seien, die wieder zur Erhöhung der Gemeindeumlagen beitragen haben. Im Interesse unserer Schule und unseres Volkes möchte ich bitten, davon Umgang zu nehmen. Ich habe dies nur kurz anführen wollen (Beifall).

Hierauf wird abgebrochen.

Es wird noch mitgeteilt, daß die Abgg. Febr. von Menzingen und Säger um Urlaub behufs Teilnahme an den Sitzungen des Deutschen Landwirtschaftsrats bitten, und daß anstelle des ausgeschiedenen Abg. Schmidt-Karlsruhe der Abg. Blümmel in die Petitionskommission eintritt.

Schluß der Sitzung kurz vor 7 Uhr.

\* Karlsruhe, 15. Febr. 36. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 15. Februar 1910, nachmittags ¼ 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1910 und 1911, Ausgabe Titel X und Einnahme Titel III §§ 2-4 (Unterricht, II. Volksschulen) — Drucksache Nr. 11 c III —; Berichterstatter: Abg. Kolb.